

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Geschäft wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 8392.

Inserate für die sechsgespaltene Kolonelle ober deren Raum
2 Mark; bei Wiederholungen Rabatt.
Stellungsvermittlungen pro Zeile netto 1 Mark.



Friedrich Schiller.

Als am 10. November 1859 Deutschland sich zur Feier des 100. Geburtstages Friedrich Schillers vereinigte, trugen die festlichen Veranstaltungen einen mehr oder weniger verschwommenen politischen Charakter. Ein Dezennium war verfloßen, seitdem in einem jähen Aufblatzen das deutsche Bürgertum gegen den Stachel reaktionärer Geistesnechtung und politischer Unterdrückung zu läcken gewagt hatte; die Märzstürme waren verbraucht, die Reaktionäre hielten trotziger als vorher vor ihren Privilegien Wacht. In dem dumpfen Jammer überkommener Klein- und Zwergstaaten, die gerade anfang, vor der Entwicklung eines modernen Verkehrswezens noch lächerlicher und unerträglicher gemacht zu werden, leuchtete kein frohstimmender Hoffungsstrahl: die Besten des Volkes wußten nicht ein und nicht aus; ein des Zieles sich kaum recht bewußtes, über den Weg aber sicherlich unklares drängendes Gefühl nach nationaler Einigung überkam in immer stärkerem Maße weite Kreise und suchte nach einer Verdeutlichung, nach einem Symbol. Dieses Symbol fand die Sehnsucht in dem volkstümlichsten Dichter deutscher Zunge, in Friedrich Schiller. Deshalb feierte Deutschland den 10. November 1859, deshalb wurde Jakob Grimm der Wortführer aller Volksgenossen, als er seine feierliche Festrede in der Berliner Akademie der Wissenschaften mit dem Satze beginnen ließ: „Ach, könnte doch an hehren Festen alles fortgeläutet werden, was der Einheit unseres Volkes sich entgegenstemmt, deren es bedarf und die es begehrt! Des unsterblichen Sängers uns schon in Vorahnungen einigendes Andenken zu feiern ist die Aufgabe.“ Auf allen Gassen rief man sich Attinghausens Mahnung in die Ohren: „Seid einig, einig, einig!“ Zum letzten Male, bevor der entfaltete Kapitalismus die scharfe Klassenscheidung von heute herbeiführte, feierten alle Schichten der Bevölkerung Deutschlands gemeinsam ein Fest: Bürger und Bauern, Arbeiter und Studenten, Gelehrte und Ungelehrte wurden von derselben inneren Notwendigkeit getrieben, die ideologisch verbürgte Voraussetzung kräftigen Erstarkens der kapitalistischen Wirtschaftsordnung anzufertigen: Schaffung eines politisch vereinheitlichten größeren Wirtschaftsgebietes; die in letzter Linie auf die erstaunlichen Fortschritte auf dem Gebiete der Metallgewinnung und Metallbearbeitung, im besondern des Maschinenbaues, zurückzuführende emanzipatorische Bedeutung der modernen Technik wurde erst von wenigen nur geahnt, von einzelnen erst wissenschaftlich erfaßt; die Grundlagen der spezifisch modernen Welt- und Lebensauffassung wurden gerade erst gelegt, und damit die Keime eines die Jahrzehnte daher durchtobenden Kampfes ausgestreut.

Wenn man die Zeit recht erkennen will, in der zuletzt Deutschland eine allgemeine Huldigung den Mänen des großen Dichters darbrachte, so erinnere man sich, daß in demselben Jahre 1859 Karl Marx seine Kritik der politischen Ökonomie, die Vorläuferin des Kapitels, veröffentlichte, und Karl Darwin sein Buch über die natürliche Entstehung der Arten. Beide Bücher glichen den Sturmöfeln, die vor der Windsbraut einherziehen. Bald begann das gewaltige, heute noch nicht abgeschlossene Ringen, in dem sich die europäische Kulturmenschenheit, mit ihren über alle Erdteile zerstreuten Ausstrahlungen, neu zu orientieren suchte. Die heutige Gedankenwelt ist von der vor fünfzig Jahren ganz verschiednen, sie beruht auf ganz anderen Grundlagen. Die Idee der Entwicklung, vor Darwin und Marx der Geheimbesitz weniger bevorzugter Geister, ist zum Gemeingut aller Aufwärtstrebenden geworden: der Glaube an das Absolute, an „das“ Ideal ist verflüchtigt — wir haben gelernt Menschen und Dinge als den Befehlen der Natur unterworfen, mit klarem Blick

in ihres Wesens Kern zu betrachten. Indem sich uns, Stück um Stück, der Mechanismus der Entwicklung entschleierte, indem wir erkennen lernten, welches die Vorbedingungen des sittlichen, geistigen und materiellen Aufstieges der Menschheit sind, mußte neben anderem auch unsere Stellung zu den sogenannten Großen der Weltgeschichte von Grund aus eine andere werden.

Und so ist denn die Frage wohl aufzuwerfen, ob und wie wir an unserem Teile der hundertjährigen Wiederkehr von Schillers Todestage feiernd gedenken sollen? Daß es nicht in der äußerlichen, rellamehaften Art geschehen kann und darf, mit der das Bürgertum von heute, die Bourgeoisie, die Täuschung zu erwecken sucht, sie stehe in einem innigen Verhältnis zu dem Dichter, ist selbstverständlich. Der Sache selbst, dem Leben und Lebenswert des Dichters, müssen wir die Gründe entnehmen.

In harten Kriegeszeiten ward der Junge empfangen und geboren, der als Sohn des württembergischen Leutnants Schiller am 10. November 1759 zu Marbach in der Nähe von Stuttgart das Licht der Welt erblickte. Im schwächlichen Körper entwickelte sich eine starke Seele, die, einer guten Damascener Klinge gleich, um so höher emporjuckte, je tiefer menschliche Bosheit oder die Not beengender Lebensumstände sie hinabgebogen hatten. Die landesübliche angelebte Religiosität im Verein mit einem starken Drange zu pathetischer Lehrhaftigkeit ließen im Knaben den Wunsch erwachen, von der Kanzel herab als Geistlicher auf eine Gemeinde zu wirken. Aber der halb aufgeklärte Duodeztyrann, in dessen Diensten der Vater den karglichen Unterhalt für die Familie finden mußte, griff mit rauher Hand in diese sentimentalen Pläne ein und sperrte Schillern in die von ihm unlängst errichtete Militärakademie, allwo der Jugend in einem harten und despotischen Schulzwang Bildung und Liebe zum angestammten Fürstentum (und natürlich auch zu dem dazu gehörenden Harem) mit der Peitsche eingebläut werden sollten. Vom Januar 1773 bis zum Dezember 1780 schmachtete der Jüngling in dieser Dressuranstalt, dieser Gefinnungsquetsche, bis er als Regimentsarzt die Schule verließ. Ungewollt hat so der fürstliche Librian und Bullenbeißer Schillers nur unser Bestes bezogen: in dem Opfer seiner Willkür entflammte der Geist revolutionärer Auflehnung, in der ihm angemessenen Form der poetischen Betätigung. Durch die rasselnden Schildwachen und die eisenbeschlagenen Tore der Karlschule waren die weltbewegenden Ideen der französischen Aufklärung unbemerkt eingebrungen; an Rousseaus begeistertem Lobgesang auf die Natur, auf die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit alles dessen, was Menschenanlich trägt, berauschte sich der Student der Medizin, aus dem alten staubigen Plutarch holte er sich die hingebende und opfermutige Ehrfurcht vor der Größe und Bedeutung antiker Republikanertugenden; Shakespears erschütterte ihn durch die zwingende Gewalt seiner Menschenschilderung und löste zuerst in ihm den Voratz aus, die Bühne zu einer Stätte des Gerichts und der Abrechnung zu machen.

„Gegen die Tyrannen“ — das war das Leitwort für sein erstes, 1781 im Druck erschienenes Schauspiel: Die Räuber. Als es am 13. Januar 1782 in Mannheim über die Bretter ging, löste es einen Wirbelsturm widersprechender Meinungen und Gefühle aus, und wohin es auf seinem rauschenden Siegeszuge durch alle Landen deutscher Zunge drang, hatte es die gleiche Wirkung. Wer hatte es denn auch bis dahin gewagt, so ohne Scheu und Rücksicht den revolutionären Stimmungen und Ahnungen der Zeit Ausdruck zu verleihen? Wer hatte denn bisher, anders als etwa im Kreise vertrauester schwärmender Freundschaft, die Herrlichkeit der Freiheit und der Jugend, als einer menschenwertenden Kraft, gepriesen? Man denke, daß es noch sieben Jahre hin waren, bis 1789 in Frankreich endlich die ökonomisch erstarkte und aus der feudalen Gesellschaft abge sonderte Bourgeoisie die erste revolutionäre Tat wagte!

Ein Wirbelsturm widersprechender Meinungen und Gefühle brach los, wie wir sagten. Aber die moralisch höchststehenden Kreise der Nation fühlten sich doch von dem Dichter fast widerstandslos gepackt: „Dieser Dichter war der edelste Sproß des Zeitalters der Moral, und all seinem moralischen Titanismus fühlte man es an, wie ernsthaft es ihm um Sittenpredigt und Sittenbesserung zu tun war, welchein echter Idealist, welcher ein edler, sympathischer Mensch in ihm steckte, und wie sein ganzes Wesen erglühte, wenn er das Wort Menschheitsglück aussprach.“

Das Jugendwerk Schillers belastete sein Volk schon mit einer Dankeschuld, an der wir noch heute abzutragen haben: Anlaß und Ziel der Freiheitskämpfe, die wir durchzuführen haben, sind andere, als die in Schillers Jugendzeit; aber auch heute noch können wir unsere Seelen immer wieder an der lobenden Begeisterung des Dichters für sein Humanitätsideal

erwärmen und es ist sicher, daß die politische Phrasologie von keinem poetischen Werke unserer Literatur — außer dem Tell vielleicht — so vielen Zustrom erhalten hat, wie von den Räubern. Man darf das nicht gering einschätzen: die politische Phrasologie ist das Werkzeug, mit dem allein man Politik betreiben kann. Bei Unkritischen erweist ihre Übung geradezu die politische Eigentätigkeit; und die Wirkung einer in Fleisch und Blut übergegangenen Phrasologie erkennen wir mindestens an den Schwierigkeiten, auf die wir oft bei unserer Agitation in solchen Kreisen stoßen, in denen uns Tür und Tor offen stehen sollten.

Die Räuber waren ein Tendenzstück, vom Dichter selber als solches gekennzeichnet. Tendenzstücke auch sein Fiesco und seine Kabale und Liebe, das reifste und tiefste seiner Jugendwerke, das klassische bürgerliche Trauerspiel. Der von Leidenschaft glühende, aus dem Kerker despotischer Sultanslaunen eines Duodezfürsten glücklich entsprungene (1782) Revolutionär schleuderte die Brandsackel in den Krempel des Bestehenden und rief zu Kampf und Tat auf. Nun lehrt uns die wohlweise Schulästhetik, daß die Tendenzdichtung eine niedere Gattung der Poesie sei; Goethe legt den Finger an die Nase und deklamiert: „ein politisch Lied ein garstig Lied“. Wie verhält sich's nun damit? Freilich ein Werk, das sich nur den poetischen Schein borgt, um die Tendenz leichter an den Mann zu bringen, werden auch wir aus dem Tempel der Kunst herausfegen; aber in den Schillerschen Jugendwerken ließ sich über all dem Bombastischen, dem Sprudelnden und Stürmisch-Drängenden die Offenbarung der starken dichterischen Persönlichkeit nicht übersehen: im dramatischen Aufbau offenbart sich ein Genie ohne gleichen, in der Ausmalung einzelner Szenen ein Dichter von höchsten Gaben. Gerade die derb unterstrichene Tendenz lieben wir in diesen Dramen, der revolutionäre Zug macht sie uns teuer. Mit einem um so stolzeren Hochgefühl weisen wir darauf hin, als man in der Bourgeoisie schon anfängt, mit leisen „Entschuldigungen“ über diese Kraftwerke hinwegzugleiten. Wir werden noch sehen wie Schiller selbst der revolutionären Aktion verloren ging und in selbstsam verftiegenen Umwegen den Idealen seiner Jugend entgegenzustreben suchte; aber auch die Ursachen dieser Wandlung sind klar zu legen.

In engen Verhältnissen lebten Schillers Eltern; mit einer bettelhaften Entlohnung hatte ihn der Tyrann seines Heimatländchens ins Regiment gesteckt; aber nach seiner Flucht im Jahre 1782 sah sich der Dichter gar der peinigendsten Not ausgesetzt. Der von ihm selbst bezahlte Druck der Räuber hatte ihm eine an sich unbedeutende, für ihn aber schwerlastende, Schuld auf die Schultern gelegt, die ihn jahrelang empfindlich drückte und ihn oftmals geradezu der Verzweiflung in die Arme trieb. Vom ersten Schritt, den er selbständig in die Welt hinaus tat, bis zu dem Augenblick, da die starke Seele dem früh zerfallenen Körper entfloß, war die Sorge seine feste treue Begleiterin. Freilich fand er auch je und je hilfsbereite Freunde, die ihm vor dem Außersten schützten: von dem treuen Fluchtgefährten Streicher und der Frau von Wolzogen bis zu Körner und dem Dänen Baggesen haben sie Anspruch auf rühmende Nennung ihres Namens; aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das, was wir die große Knickung im Leben Schillers nennen möchten, zum weitaus größten Teil auf die Unzulänglichkeit seiner materiellen Mittel zurückzuführen ist!

Im Jahre 1783 mit 300 Talern als Theaterdichter in Mannheim, wo der Freiherr von Dalberg Intendant war, angestellt, atmete der Dichter, der ein Opfer qualender Beziehungen zu der Frau von Kalb wurde, erst wieder auf, als er einem Kufe unbekannter Bewunderer nach Sachsen folgte und im Kreise des Konsistorialrats Körner in Leipzig und Dresden zwei glückliche Jahre verlebte (1785—1787). Als er von dort, wo er zu fürchten begann, gern gewährte Gastfreundschaft endlich zu mißbrauchen, nach Weimar ging, um endlich sich das zu schaffen, was man eine „Griffenz“ nennt, züngelte im Nachbarreiche die erste blutige rote Flamme der bürgerlichen Revolution empor. Was war das? Die deutsche Jugend des Sturmes und Dranges hatte dem Tage der Abrechnung entgegengehofft; hatte selbst von der deutschen Republik, von einem Reiche der Aufklärung und der Befreiung von dem Joche der Vorurteile, dem Zwange vermoderter Gesetze und Rechte geträumt; hatte sich auf Sonnen thronend ein Wolkenkuckucksheim erträumt und mit gigantischen — Worten den Aufbau einer neuen Moral begonnen. Aber was war das jenseits des Rheines? Bezeichnete die lange Blutspur, die sich hinter den Männern der Revolution herzog, den Weg zur Freiheit? Konnte so das Reich der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit seinen Einzug halten?

Aller politischen Erfahrung bar, noch ohne jede Ahnung davon, daß die Menschheitsentwicklung sich des Beihilfs schwerer und unter Umständen blutiger Klassenkämpfe bediene, jahen die deutschen Idealisten ihre Lustschlöffer zusammen-

brechen und flüchteten erschreckt an den Busen der „heiligen Ordnung“.

Nun muß man sich freilich Schiller nicht als einen nationalliberalen Ordnungshelden unserer Zeit, oder als eine Art freisinnigen Sozialistenfresser vorstellen.

In dem kleinstaatlich zerrissenen, aus den Wunden langwieriger zersplitternder Kriege noch immer blutendem Deutschland waren freilich nicht, wie im zentralisierten und wirtschaftlich um ein halbes Jahrhundert weiter entwickelten Frankreich, die Vorbereitungen zur Betätigung revolutionärer Ideen gegeben.

Dies der Weg nach Weimar und Jena für Schiller in die Sackgasse kleinbüßlicher Philisterei aus, so brachte er ihn doch auch zuerst in die Nähe, dann an die Seite des Mannes, mit dem vereint er einen Höhepunkt des geistigen und poetischen Lebens unserer Nation ausmacht: Wolfgang Goethes.

Von und über Schiller.

In tyrannos!

Rein, eine Grenze hat Tyrannenmacht. Wenn der Gedächtnis nichts Recht kann finden, Wenn unertuglich wird die Saat — greift er hinauf getrieben Mutes in den Himmel Und holt herunter seine ewigen Rechte.

Verstümmelt hat schwarze Augen, worin ewig nie die Empfindung weilt. — Wer keinen Menschen zu jüchtern braucht, wird er sich eines Menschen erbarmen?

Die Gerechtigkeit war von jeher eine Stütze der königlichen Macht. Ihre goldene Zeit fiel immer in die Gesangszeit des menschlichen Geistes.

Das Recht auf Freiheit.

Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei, Und würd' er in Ketten geboren.

Der dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, Der dem freien Menschen erbitte nicht!

und dabei inne geworden war, welcher Arbeit am eigenen Ich es zu leisten gälte, um jenem gleich und gleichberechtigt zu werden, da war er ihm auch schon ganz nahe gerückt: das freudige Erschaunen, das die beiden Männer packte, als sie sich im August 1794 endlich in einem langen Gespräch „fanden“.

Schillers Jenaische und Weimariische Zeit ist ganz erfüllt von der Arbeit in und an der Kantischen Philosophie. Kants Unternehmen war, die Grenze zu bestimmen, wo beim Forschen nach wahrer Erkenntnis die erkenntnistheoretische Wahrheit aufhört und die Selbsttäuschung beginnt.

Das hieß, idealistisch-utopistisch die Dinge auf den Kopf stellen. Aber, das sei nochmals betont, es war alles andere, als ein Verrat an den eigenen Jugendidealen.

Nicht in Schillers Prosaschriften — so gehaltvoll und gedankenreich viele von ihnen auch sind — in den Gedichten seiner letzten Lebensperiode haben wir den Abglanz seiner Lebensauffassung.

Wenn wir die zeitliche Begrenztheit des Dichters scharf hervorheben und den Abstand seiner Gedankenwelt von

unserer offen aufzeigten, so haben wir damit zugleich die Frage beantwortet, was er uns war, ist und sein wird: Ein Vorfechter des Humanitätsideals, dem wir anhängen, ein Bahnbrecher sittlicher Freiheit, der kraftvollste dramatische Dichter, den die Nation hervorbrachte, und — nicht zuletzt — ein Mensch von leuchtendem Adel der Seele.

für unsere Ideale!

Aus der Schweiz.

Die Schweizer Arbeiterchaft, mit Einschluß der Metallarbeiter, entfaltete seit Neujahr eine Lebhaftigkeit und Mührigkeit, wie sie in dieser Allgemeinheit noch nie zu verzeichnen war.

Und dabei ist erfreulicherweise die Metallarbeiterorganisation auf der ganzen Linie im Vormarsch begriffen, werden neue Sektionen des Verbandes gegründet und die bestehenden Sektionen durch fortwährenden Zuwachs an Mitgliedern gestärkt.

In einem früheren Schweizer Briefe erwähnte ich den Kampf der Uhrenschalenarbeiter in Chaux-de-Fonds um die Reduktion der täglichen Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden.

Da die Schalenmacher ohne vorausgegangene Kündigung in den Streik getreten waren, erklärten die Schalenfabrikanten nach dem Verbandschluß, daß sie die Gewerkschaft deswegen auf Schadenersatz verklagen werden, nicht aus feindseliger Absicht gegen die Arbeiter, sondern nur, um einen prinzipiellen gerichtlichen Entscheid in dieser Sache herbeizuführen.

In dem jüngst für 1904 veröffentlichten Jahresbericht des Schweizer Arbeiterssekretariats gibt der Abjunkt in Biel, Genosse Reimann, wieder eine sehr informative Übersicht über den Stand der Uhrenarbeiterbewegung in der französischen Schweiz.

Sehen Sie sich um In seiner herrlichen Natur! Auf Freiheit Ist sie gegründet — und wie reich ist sie Durch Freiheit!

Wieder mit der Sklavengesamung!

Sklaverei ist niedrig, aber eine slavische Gefamung in der Freiheit ist verächtlich; eine slavische Beschäftigung hingegen ohne eine solche Gefamung ist es nicht, vielmehr kann das Niedrige des Zustandes, mit Hoheit der Gefamung verbunden, ins Schöne übergehen.

Unser Zukunftsideal.

Es reden und träumen die Menschen viel Von besserer künftigen Tagen, Nach einem glücklichen goldenen Ziel Sieht man sie rennen und jagen, . . .

Es ist kein leerer schmeicheleider Wahne, Ergangt im Schim der Träume, Im Herzen lüftet es laut sich an, In was besserem sind wir geboren.

Und was die innere Stimme spricht, Das läßt die hoffende Seele nicht.

Die Feste.

Deutschlands Majestät und Ehre ruhet nicht auf dem Haupte seines Fürsten.

Georg Herwegh an den Freiheitsdichter.

Doch nicht ihm, dem auf's Haupt der Krone Gekrönt, Ausgeh' jeder Herrschaft'schöne Lam — Ihn war der Stempel aller Menschentum Der Freiheit Baum.

Mit weiser Hand, zu rechter Zeit! Zeils Dichter wird ein Volk nicht schuldig sprechen, Das endlich „selber sich befreit“.

Wilhelm Tell.

Tell als einzelnen vermöchten wir uns nach seiner Lat, so gerecht zu sein, doch nicht weiter als ruhig lebend vorzustellen; wohl aber Tell als Vater seiner Kinder, inmitten seines Volkes.

Herr von Schiller.

Nicht einmal drei volle Jahre vor seinem Tode wurde Schiller der Adel zuteil, und seitdem erscheint der einfache, schon dem Wort nach glanzlose Name durch ein sprachwidriges „von“ verberbt.

Der Dichterphilosoph.

Schiller, der „Dichter der Freiheit“, durfte es wagen, die Freiheit offen in das „Reich der Träume“ zu verweisen, denn unter seiner Hand erhaben sich die Träume und Schatten zum Ideal.

Der Idealist.

Der Idealist ist mit einem Sprunge im Allgemeinen. Das Band, welches ihn an den Freund fesselt, ist ihm nur das nächste Glied in einer unendlichen, alle Wesen umfassenden Kette; vom Ringelstein, wie Schiller sagt, „bis zum griechischen Scher, der sich an dem letzten Sereph recht.“

weiter und fangen an, auch das Rohwerk im eigenen Hause selbst zu erstellen. Zweierlei Gründe mögen sie zu diesem Vorgehen veranlaßt haben: einmal der Umstand, daß eine ganze Anzahl von Rohwerkfabrikanten nunmehr auch das Uhrwerk erstellen und insoweit die Konkurrenz ihrer früheren Abnehmer geworden sind. Diese kehren jetzt den Spieß um und fabrizieren das Rohwerk. Sie erhalten damit — und das ist der zweite Grund ihres Handelns — das ihnen zudienende Produkt, womit ihnen ein regelmäßiges Fabrikat hergestellt werden kann. Für die Fabrikanten hat diese Produktionsform ohne Zweifel eine Reihe von Vorteilen, für die Arbeiter ebenfalls, wenn sie sich von gewissen Vorurteilen zu emanzipieren und ihre Organisation den neuen Verhältnissen anzupassen wissen. Aber auf die Dauer werden sich die kleinen Betriebe doch nicht halten können, sondern von den Großbetrieben aufgelesen werden. In dessen meint Reimann, daß Spezialitäten, Mode- und Phantasieartikel, Probestücke, kurz, alle nur in beschränkter Zahl von Exemplaren herzustellenden Uhren, immer im kleinen Atelier werden hergestellt werden müssen. Diese werden aber nur eine beschränkte Zahl von Arbeitskräften beschäftigen können, so daß die allgemeine Behauptung aufgestellt werden darf: in nicht allzu ferner Zeit wird der Großteil der Uhrenindustrie treibenden Bevölkerung in Fabriken untergebracht sein. So wird auch der alte Uhrmacher, der mit den Seinen die Uhr vom einfachen Stübe rohen Messing bis zum letzten feinspolierten Mädchen fertigstellte, und mit ihm jede Poesie der Arbeit, verschwinden.

Zugleich findet eine Verschiebung in den Domänen der Uhrenindustrie statt, deren Hauptzug der Rückgang Wiels und der Aufschwung Chauv-de-Fonds, ferner die Auswanderung in ländliche Gebiete und namentlich in den Kanton Solothurn ist. Den Vorwand der Unternehmung, die Ansprüche der Gewerkschaften verurfachten den Wechsel, weist Reimann mit Recht zurück. Diese Sorte Unternehmung ist darüber aber auch durch ihre seitherigen praktischen Erfahrungen belehrt worden. Ihr Versuch, der ländlichen Bevölkerung Hungerlöhne zu bezahlen, ist auf unerwarteten Widerstand gestoßen: ohne Gewerkschaften, ohne „Wähler“ und „Heser“, sind diese Arbeiter entschlossen, für ein menschenwürdiges Dasein sich zu wehren, und so sind bereits in verschiedenen neuen Orten der Uhrenindustrie Lohn- und Streikbewegungen vorgekommen.

Reimann gibt zu, daß nicht alle Fabrikanten auf Rosen gebettet sind. So hat England, der bedeutendste Abnehmer der Schweizer Uhren, seit den südafrikanischen Kriegen seine volle Aufnahmefähigkeit nicht wieder zurückgewonnen, ein Beweis dafür, wie tief und nachhaltig wirkende wirtschaftliche Wunden der Krieg auch einem großen Volke schlägt. Nach nach Rußland ist der Export fast vollständig ins Stocken geraten. Freilich, geliefert könnte schon werden, allein die allgemeine finanzielle Unsicherheit mahnt zur Vorsicht, um so mehr, als früher schon große Summen von den Uhrenexporteuren in Rußland eingebüßt wurden. Es gibt Fabriken mit 10 bis 20 Arbeitern, die sich vollständig auf russische Genres eingerichtet hatten und die nun nicht ein einziges Stück mehr fabrizieren. „Selten hat man noch einen so plötzlichen und vollständigen Abbruch der gewöhnlichen Handelsbeziehungen gesehen, wie jetzt mit Rußland.“

Auch die Truistbildung taucht in der Uhrenindustrie auf. Vor einigen Jahren gingen damit die vereinigten Spiralfabrikanten vor und im letzten Jahre die Uhrenglasfabrikanten, die gleich die Preise um 25 bis 60 Prozent erhöhten.

Die dadurch bedrückten Unternehmer suchen sich an den Arbeitslöhnen schadlos zu halten, die sie reduzieren und auch überall damit durchdringen können, wo schwache Gewerkschaften bestehen. Als für die Schalenmacher im Jahre 1908 nach der Einführung von Maschinen und der Arbeitsteilung die Akkordarbeit durch den Tagelohn ersetzt wurde, forderten die Fabrikanten für den geringeren Lohn die höchsten Leistungen. Sie zahlten zum Teil auch unter dem Tarif, trugen jedoch tarifmäßige Löhne in die Lohnbücher ein und schrieben die Differenz ab für angeblich bezogene Waren — die Herren handeln auch noch mit allem möglichem zur Ausbeutung der Arbeiter als Konjunktur —, die aber wirklich nicht bezogen oder direkt beim Anlauf bar bezahlt worden waren. Der Zweck dieser kapitalistischen Schwindelarten war die Irreführung der gewerkschaftlichen Kontrolle über die Innehaltung des Lohntarifs. Schließlich enthielten aber die so vergewaltigten und betrogenen Arbeiter selbst den Schwindel. Und nun wollen diese entlarvten Schwindler und Betrüger ihre Unternehmungen verlegen in den Kanton Solothurn.

Wie erinnerlich, erkämpften die Graveure Ende 1904 durch einen vierzehntägigen Generalstreik den Neunhunderttag und den Abschluß eines Tarifvertrags, dessen Wortlaut Reimann mitteilt und der gewiß auch die deutschen Kollegen interessieren wird. Dieser Tarifvertrag lautet:

Art. 1. Der Arbeitslohn wird pro Stunde und pro Monat berechnet. Die Höhe desselben ist innerhalb der ersten zwölf Tage nach dem Eintritt ins Atelier festzusetzen.

Art. 2. Die Normalarbeitszeit wird auf neun Stunden festgesetzt. Bei besonders stottem Geschäftsgang in der Uhrenindustrie und wenn die Marktbedingungen eine solche Ausnahme nötig erscheinen lassen, kann die tägliche Arbeitszeit um eine Stunde ver-

längert werden. Desgleichen kann bei Arbeitsmangel zur Zeit von Krisen die Arbeitszeit den Bedürfnissen entsprechend reduziert werden. In beiden Fällen ist die Maßnahme eine allgemeine. Die Zentralvorstände der beiden Verbände sind allein kompetent, eine Verlängerung oder eine Reduktion der Arbeitszeit zu gestatten.

Die zehnte Arbeitsstunde ist vom Prinzipal zu entschädigen; wem weniger als neun Stunden gearbeitet wird, so erleidet der Arbeiter die daraus entstehende Einbuße.

Art. 3. Metiers, die mehr als zwei Associés aufweisen, haben sich bezüglich der Arbeitszeit für die Associés sowohl wie für die Arbeiter den allgemein gültigen Regeln anzupassen.

Art. 4. Die Stücklohnarbeit und Heimarbeit werden nicht gebildet, ausgenommen in Fällen von konstatierter Krankheit oder höherer Gewalt; aber auch in solchen Fällen muß zuerst die Ermächtigung des Lokalvorstandes eingeholt werden. Niemals darf aber eine solche Ermächtigung für längere Zeit erteilt werden.

Art. 5. Dienstleistungen eines Prinzipals zugunsten eines anderen Prinzipals sollen nur für Spezialitäten und auch nur ausnahmsweise vorkommen.

Art. 6. Die Entlassung eines Arbeiters kann nur nach vorausgegangenem vierzehntägiger Kündigung erfolgen unter Beobachtung der einschlägigen Vorschriften des Fabrikgesetzes; dieselbe Kündigungsformalität schuldet auch der Arbeiter seinem Prinzipal, wenn er sein Geschäft verlassen will.

Art. 7. Arbeitsverträge, die den Bestimmungen dieser Konvention widersprechen, dürfen nicht abgeschlossen werden.

Art. 8. Als Atelier wird jedes Geschäft betrachtet, das ausschließlich für Fabrikanten arbeitet und das regelmäßig wenigstens einen Arbeiter beschäftigt.

Art. 9. Alle Prinzipale und Arbeiter, die die Bestimmungen der vorliegenden Konvention zu umgehen suchen, ziehen sich dadurch Strafe zu, deren Höhe von Fall zu Fall bestimmt wird.

Auffallend ist an diesem Tarifvertrag der vollständige Mangel bestimmter Lohnsätze und die monatliche Lohnzahlung, andererseits begrüßenswert die gänzliche Beseitigung der Stückerarbeit und der Heimarbeit.

Von besonderem Interesse ist der Streit in den Uhrenarbeitergewerkschaften über die Stellung zu den Visiteuren. Die Fabrikanten wollen sie in den Gewerkschaften nicht dulden, die Gewerkschaft in Genéve fordert ihre Mitgliedschaft, andere Gewerkschaften aber betrachten sie als die Kreaturen der Fabrikanten, die alles verraten, was in den Versammlungen geht u. s. w., und sie wollen sie daher nicht als Mitglieder haben. Das ist auch unsere Meinung und Reimann neigt ebenfalls dieser Auffassung zu.

Es soll nun ein einheitlicher Zentralverband für die Uhrenarbeiter angestrebt werden, der ein großer Fortschritt wäre. Ein solcher bestand übrigens früher bereits, brach jedoch im Jahre 1895 nach einem verlorenen großen Kampfe zusammen. Nach zehn Jahren wäre es nicht mehr zu früh, eine solche Zentralorganisation wieder zu schaffen. Der in dieser Zeit geschaffene und kraftvoll entwickelte Schweizer Metallarbeiter-Verband bietet den Uhrenarbeitern ein sehr ermutigendes und nachahmungswürdiges Vorbild.

Die Aussperrung in Bremen.

Wie in letzter Nummer gemeldet, wurde am 20. April den Arbeitern der Werft der Aktiengesellschaft „Weser“ gekündigt. Die Gesamtzahl der Kündigten beträgt 2800 bis 2900. Eine wahre Massenmaßregelung brutaler Art! Von den Kündigten sind nur reichlich 60 Prozent organisiert; die Zahl der Organisierten wird auf 1500 bis 1600 angegeben. Im Betrach kommen die Organisationen der Werft, Metall- und Holzarbeiter, weiter die Schmiede, Kupferschmiede, Schiffszimmerer, Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter. Was ist die Ursache dieser Massenmaßregelung? Sollen etwa die bescheidenen Lohnforderungen einzelner Branchen einen genügenden Grund dafür bilden? Solche Forderungen sind allerdings in letzter Zeit erhoben worden. Die Schiffszimmerer verlangten eine zehnprozentige Lohn-erhöhung und Sicherung von 25 Prozent Aufschlag bei Akkordarbeit. Die Schiffszimmerer wurden damit vertrieben, ihre Forderungen bis zur Wiedergenesung des Herrn Direktor Jeltz aufzuschieben und dabei hat es bislang kein Wenden gehabt. Die zweite der Branchen, die Forderungen erhob, waren die Schiffstischler. Sie verlangten eine Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pf. und ebenfalls von 25 Prozent Aufschlag bei Akkordarbeit. Die Schiffstischler hatten um Beantwortung ihrer Forderungen bis 16. April gebeten. Bereits einen Tag vor Ablauf dieser Frist wurde ihnen vom Ingenieur Overbeck anheimgegeben, die Frist bis Mittwoch zu verlängern, was natürlich willig geschah. Als bis Mittwoch keinerlei Bescheid erfolgt war, wurde eine Abordnung der Tischler vorstellig. Vom Oberingenieur Over wurden sie nun mit ihren Forderungen rundweg abgewiesen. Dieser abschlägige Bescheid erfolgte indes zu einer Zeit, als der Bescheid der Fabrikleitung, die Aussperrung zu vollziehen, bereits gefaßt sein mußte.

Endlich hatten die Dreher Forderungen eingereicht, deren Nichtbewilligung am 15. April zu der Kündigung der beteiligten Arbeiter geführt hat. Die Forderungen der Dreher und ihre Begründung haben folgenden Wortlaut:

dialektisch tätig, der Goethes immer anschauend. Daher auch der große Gegensatz in ihren Dichtungen: Schiller nach der Verkörperung des Gedachten strebend, immer subjektiv, Goethe um die geistige Gestaltung des Geschehenen bemüht, immer objektiv. Bei Schiller präferieren sich und die Ideen von selber, daher er Idealist genannt wird, bei Goethe präferieren sich zunächst nur die Dinge, weswegen er Realist genannt wird, und wir müssen die Ideen aus ihnen erst herausheben. Derjenige, der in erster Linie durch Ideen wirken will, hat das Bestreben, sie mit möglichst großer Kraft herauszubringen und gebraucht deshalb die Kunst der Rede auf jede Weise; derjenige, der die Dinge darstellen will, wird diese möglichst deutlich malen und rhetorisch eher fürchten als suchen. Schillers Dichtung hat, da sie vom Gedanken ausgeht, viele Wege, sich zu verwirklichen, je nach dem der Reflexion der eine oder andere zweckmäßiger erscheint — der Dichter operiert wie ein Schachspieler; Goethes Dichtung, da sie vom Wilde ausgeht, hat zunächst immer nur einen Weg, den Weg, der zum gescheuten Bild führt; der Weg kann Krümmungen machen, aber verlassen kann er nur werden, wenn das Bild wechself. Und weiter. Schiller muß darauf bedacht sein, seine bloß gebachten Personen, um sie lebendig zu machen, kräftig handeln zu lassen. Goethe seine gescheuten Personen in ihrem Wesen zu zeichnen. Daher interessieren uns Schillers Menschen erst durch ihr Handeln, Goethes schon durch ihr Sein. . . . Goethe kann nur schweigen, was er gesehen hat. Schiller ergänzt die mangelnde Anschauung durch seine energiegelbe Phantasie, und es glückt ihm mit bewundernswertem Erfolg. Goethe muß seine Werke wachsen lassen. Er hat keine beflehlende Gewalt über sie. Die Gedächtnisse halten mich, nicht ich sie.“ Schiller schafft mit starker, bewusster Hand. Er kommandiert die Poesie. Die Werke Goethes haben die innere Notwendigkeit der Natur; Schillers menschliche und dichterische Freiheit schafft Kunstprodukte. Schiller gelangt zu seinen Gedankenschätzen auf den Sprossen logischer Schlüsse. Goethe verdammt das Beste der Intuition, der blühtigen Erleuchtung. Schiller ist durch die Klarheit seiner Gedanken und Darstellungen, die sich mit idealistischer Begeisterung aufs schönste verknüpft, der Lehrer, Erzieher, Prediger der Nation geworden, Goethe durch sein tiefes Schauen ihr Seher und Prophet. Schiller ist jedem verständlich, er zieht jeden an und reißt jeden mit fort; Goethe zieht nur den Empfänglichen an und ist nur dem Eingeweihten ganz verständlich. (Glatkowski, Goethe.)

I. Der Minimallohn für die angeführten Arbeiten beträgt in Zukunft 36 Pf. pro Stunde. Unter diesem Satz darf kein Arbeiter beschäftigt werden.

- II. Die jetzigen Löhne werden folgendermaßen erhöht:
1. Diejenigen, die jetzt unter 33 Pf. pro Stunde verdienen, erhalten den Minimallohn von 36 Pf. pro Stunde.
 2. Diejenigen, die jetzt von 33 bis 37 Pf. verdienen, erhalten 3 Pf. pro Stunde Zulage.
 3. Diejenigen, die jetzt von 38 bis 40 Pf. verdienen, erhalten 2 Pf. pro Stunde Zulage.
 4. Diejenigen, die jetzt über 40 Pf. verdienen, erhalten 1 Pf. pro Stunde Zulage.

III. Bei solchen Arbeiten, die zum erstenmal in Akkord vergeben werden, müssen mindestens 30 Prozent Überschuß garantiert werden. Dasselbe gilt für diejenigen Akkorde, bei welchen unvorhergesehene Umstände es mit sich bringen, daß die betreffende Arbeit nicht für den bisherigen Preis geliefert werden kann.

IV. Darüber, ob die im III. Passus vorgeesehenen Umstände zutreffen, entscheidet bei Streitigkeiten eine fünfgliederige Kommission, die aus je zwei Personen der Firma und den Arbeitern und einem unparteiischen Arbeiterauschussmitglied besteht.

Wir erlauben uns, die oben gestellten Forderungen kurz zu begründen:

Zu I und II. Es ist Tatsache, daß jetzt in dem betreffenden Ressort noch 54 Personen, also über 60 Prozent unter 36 Pf. Stundenlohn beschäftigt sind, während in verschiedenen Abteilungen bis zu 41 Pf. bezahlt werden. Es steht fest, daß die zu den niedrigsten Löhnen angestellten Arbeiter daselbst leiten müssen, wie die zu den höheren Sätzen beschäftigten. Durch die Verlegung der Werft ist aber eine verachtliche Erhöhung der Lebenslage der Arbeiter eingetreten, daß eine solche Forderung nur als gerechtfertigt erscheint.

Zu III und IV. Es liegt im Interesse einer guten Qualität der Arbeit, daß dieselbe gerecht entlohnt wird. Es konnten auf der Werft sehr viele Arbeiten vor, die noch nie im Akkord vergeben wurden. Da ist es denn ein Ding der Unmöglichkeit, dieselben so zu kalkulieren, daß dem Arbeiter sein Verdienst gesichert erscheint. Deshalb ist es nur gerechtfertigt, wenn bei diesen Arbeiten 30 Prozent Überschuß garantiert werden. Außerdem kommt es oft vor, daß bei Akkord, die schon öfter zu einem bestimmten Preise gemacht wurden, Umstände eintreten, welche die Fertigung der Arbeit bedeutend verzögern. Hierunter verstehen wir schlechtes Material, unverschuldetes Warten der Arbeiter, Unterbrechung durch Betriebsstörungen u. s. w. Was die gewünschte Kommission anbelangt, so begründet sich diese Forderung wohl von selbst. Es liegt dies im Interesse eines friedlichen Verhältnisses zwischen der Firma und den in Frage kommenden Arbeitern.“

Zur Begründung ihrer Forderungen war die Deputation der Dreher zu viermaligen Verhandlungen geladen worden. Das Entgegenkommen der Betriebsleitung bestand indes lediglich in der Zusage einer ganz minimalen Erhöhung des Stundenlohnes, die etwa einer Lohnaufbesserung von durchschnittlich 1 Pf. pro Stunde für den einzelnen Arbeiter gleichkam. Darüber aber ging es nicht hinaus. Die Festsetzung des geforderten Minimallohnes von 36 Pf. pro Stunde sowie jede Regelung des Akkordwesens wurden rundweg abgelehnt. Die letzte Verhandlung der Deputation der Dreher mit den Vertretern der Direktion fand am Dienstag (18. April) nachmittags, also nach bereits eingereicher Kündigung, statt. Bezeichnenderweise wurde ihnen hierbei die Mitteilung, man würde die Sache sehr streng nehmen; der Direktor Unger werde sie am Donnerstag morgen noch einmal rufen lassen, um sie zu fragen, ob sie auf ihrer Kündigung beharren. Tatsächlich unterließ diese abermalige Vorladung, die 132 Dreher, Maschinen- und Hilfsarbeiter aus der Dreherei fanden am Donnerstag vormittag ohne weiteres mit auf der Kündigungsliste. Die Scharfmacherpläne waren also zweifellos schon geschmiedet, als den Drehern der letzterwähnte Bescheid wurde.

Wenn die Werfleitung durch die offiziellen Telegraphenbureaus jetzt verkünden läßt, daß sie geneigt gewesen sei, „den erhöhten Lohnforderungen ziemlich weit entgegenzukommen“, so sieht man, was es mit diesem „Entgegenkommen“ auf sich hat!

Neben den Lohnverhältnissen hat sich seit Inbetriebnahme der neuen Werft auch in der Behandlung der Arbeiter mancherlei herausgebildet, das zu Differenzen Anlaß gab. Besonders ist es die geradezu entwürdigende Anstellung eines Werkschürmannes, der kein „Kommando“ bis in die einzelnen Ressorts hinein auszuüben beliebt, welche die Arbeiter aufgebracht hat. Auch die Einrichtung einer zweiten Kontrollmarke führte zu großer Unzufriedenheit der Arbeiter. Von den Schmieden wurde ihre Annahme verweigert, was dazu führte, daß man ihnen androhte, daß nunmehr die zugewilligten Zulagen aufhören würden. Wenn man gewußt hätte, daß sie nicht mehr „lieb Kind“ sein wollten, dann wäre überhaupt keine Zulage bewilligt worden.

In einer am Samstag den 22. April abgehaltenen massenhaft besuchten Versammlung der gekündigten Arbeiter referierte Kollege Gottfusen. Von ihm und den Rednern der übrigen Organisationen wurde unter anderem festgestellt, daß die Werfleitung eine arge Täuschung erlitten habe, wenn sie erwartete, daß infolge dieser Massenentlassungen die Dreher ruhig ihre Kündigung zurückziehen und ihre Forderungen fallen lassen werden. Die Werfleitung habe mit ihrer Maßnahme im übrigen etwas erreicht, was den Arbeitern vorausichtlich in den nächsten Jahren noch nicht gelungen wäre: die Zusammenziehung der sämtlichen Arbeiter der Werft. Angesichts des Vorgehens der Direktion werden auch dem Zurückgebliebenen der Nichtorganisierten die Augen aufgehen. Man werde eingesehen lernen, daß niemand auf der Werft imstande sei, mit persönlicher Liebedienerei gegen Vorgesetzte seine Lage zu verbessern, sondern einzig und allein durch den Zusammenschluß mit den Arbeitskollegen. Die Äußerungen in der bürgerlichen Presse, daß die Forderungen der Arbeiter unannehmbar seien, wurden entschieden zurückgewiesen und demgegenüber namentlich auch betont, daß bei der Schwere des Dreherberufs, der an den Arbeiter die Anforderung stelle, seine Kraft aufs äußerste anzuknüpfen, die Forderung des Minimallohnes von 36 Pf. pro Stunde gar keine Forderung genannt zu werden verdiene, sondern daß eine Entlohnung der Dreher in dieser Höhe von der Direktion eigentlich als eine Selbstverständlichkeit angesehen werden sollte. Unrichtig sei auch, wenn es von dem Direktor Unger als rückfichtlos bezeichnet worden sei, daß die Arbeiter Forderungen stellen, während die Werft noch gar nicht völlig eingerichtet sei. Dazu seien die Arbeiter durch die Verhältnisse gezwungen worden. Für sie gelte es bei ihren Forderungen gar nicht, nicht Lohn zu erringen, sondern die bestehenden Lohnsätze, die man von der Werfleitung herabzubringen sich bemühe, hochzuhalten. Nicht das sei rückfichtlos, wenn der Arbeiter sich seinen Verdienst sichern wolle, sondern rückfichtlos sei, wenn man ihm, wie gesehen, große Abzüge vom Akkord mache, oder wenn das Kapital Lausende von Arbeitern aus dem angestrichelten Grunde auf Straßenspalt werfe. — Die Darlegungen der Redner wurden von den Versammelten mit Beifall und Begeisterung aufgenommen.

Die Aussperrung ist erfolgt! Die Vertreter der Organisationen hatten nach Ueberreinstimmung mit dem Direktor Unger einen allgemeinen ausführlichen Tarifvertrag formuliert. Eine vor dem Gewerbegericht am 26. April stattgefundene Verhandlung hatte kein positives Ergebnis, jedoch sollte die Aussperrung zunächst verhängen werden, um dem Arbeiterauschuß die Möglichkeit zu geben, sich mit der Direktion über den § 8 Abs. 1 des neu eingerichteten Tarifvertrages auseinander zu setzen, was dieser Paragraph besagen sollte. Der Arbeiterauschuß teilte der Direktion seine Meinung schriftlich mit. Die Direktion lehnte jedoch jede weitere Verhandlung ab und hielt die Kündigung aufrecht. Am 27. April abends folgte darauf die Lohnauszahlung. (Die einzelnen Forderungen werden wir in nächster Nummer veröffentlichen.)

gemeine Ursache zurückgeführt und an eine Idee geknüpft, welche eine unbedingte Geltung verlangt. Das Bild einer idealen Volksgemeinschaft entspringt im Gemüte und die Wirklichkeit dieses Ideals wird zu einem Leitstern bei allen Handlungen. (Fr. v. Lange.)

Schillers Persönlichkeitswert.

Es ist eigentlich die große Persönlichkeit eines Autors, welche in die Kultur seines Volkes übergeht. (Goethe, Gespräche mit Eckermann.)

Schiller und die französische Revolution.

Seit man in jener großen, demütigen Nacht die Menschenrechte proklamierte, glaubten alle, die auf den Namen Mensch mit Bewußtsein Anspruch erhoben, daß nunmehr ihre gemeinsame Sache in Paris geführt werde und dort zum Austrag komme. Rant zum Beispiel folgte den Ereignissen der Revolution mit derartiger Aufmerksamkeit, daß er Wortanträge vorauszusagen pflegte, nach seiner genauesten Kenntnis der Parteiverhältnisse; kümmerte jemand mit seiner Ansicht über die Revolution nicht überein, so brach der sonst so überaus höfliche Mann das Gespräch ab. Dies Beispiel bezeugte die Stimmung der Gebildeten Deutschlands im Hinblick auf Paris. Jetzt erklärt Schiller: Kein Wort mehr von diesen Dingen. Wir sind enttäuscht: Nicht der Mensch, viel eher Tiger und Hyäne sind es, die ihre Sache in Paris zum Austrag bringen. Wir wollen daran arbeiten, daß ein ähnlicher Augenblick in fünfzig Jahren hundertern ein würdigeres Gesicht finde. Und so lehren die Briefe über die ästhetische Erziehung des Menschengeschlechts: Nur der Dichter ist der wahre und eigentliche Mensch, nur von ihm ist für die Sache der Menschheit ernsthaftes und heilames zu erwarten. (S. v. Stein, Goethe u. Schiller.)

Schiller und Goethe.

Philosophische Spekulationen waren Schillers Leidenschaft und sie durchdringen — auch in der späteren Zeit, wo er die Philosophie mit skeptischen Augen betrachtete — sein ganzes geistiges Arbeiten. Umgekehrt hat sich Goethes Geistesleben nie aus der Spekulation entwickelt, und er hat den Kern der spekulierten, den Menschen, dem der Wahn der Metaphysik ins Fleisch gefest sei, bemitleidet. Seine Philosophie empfängt er aus der Betrachtung der Natur und der Welt. . . . Entsprechend diesem Gegensatz ist Schillers Geist immer

brud zu gebrauchen) vorgebracht wird, was Wunder, wenn dann selbst ein launhaftes Gemüt darüber in Verbitterung gerät. War ein Kollege beim Klingelstein noch mit dem Zumachen eines Blaufenstoppers beschäftigt, so bekam er seinen Strich, das bedeutet soviel, wie eine Viertelstunde zu spät gekommen. Damit nun aber der Betroffene sich nicht etwa hinsetzt und die Zeit, die er ja doch nicht bezahlt bekommt, verstreichen läßt, ehe er anfängt zu arbeiten, wird der Strich nicht sofort in die Verfaunungsliste eingetragen, sondern erst später, wörtlich erst am anderen Tage. So auch im Falle Hardege-Weiershäuser. Kollege Weiershäuser war durch anderwärts Bekommen durch seinen Meister Hardege in gelinde Wut versetzt worden. Da wurde an Weiershäuser eines Tages von Hardege die Zumutung gestellt, er solle einen Afford, der von Kollegen einer anderen Abteilung wegen Reduzierung abgelehnt worden war, übernehmen. Der Afford war geteilt und so reduziert worden (technische Verbesserung!!!), daß die Betroffenen auch nicht einmal annähernd ihren früheren Verdienst erreichen konnten, weshalb sie von ihrem Rechte der Affordverweigerung Gebrauch machten. Bemerkenswert ist noch, daß für diesen Afford sogenannte Hilfsarbeiter in Betracht kommen. Meister Hardege kam nun zu Weiershäuser und erzählte ihm, „er sei doch Mechaniker und er müßte sich doch zutrauen, mehr zu verdienen wie solche Hilfsarbeiter. Er könnte verdienen was er wollte, abgezogen würde nicht!“ (Wer lacht da?!). Kurz und gut, er sollte eben seinen Kollegen in den Rücken fallen; dazu wurde der ganze Quatsch angewandt, der bei denen, die nicht alle werden, ja auch öfters Erfolg haben soll. In Weiershäuser hatte man sich aber doch gründlich getäuscht, er erklärte sich mit seinen Arbeitskollegen solidarisch und lehnte die Übernahme des reduzierten Affords ebenfalls ab. Er mußte deshalb die Arbeit in Lohn anfertigen; eine weitere Folge war, daß seine Überwachung noch verschärft wurde. Als Weiershäuser dann eines Tages beim Klingeln noch mit dem Zumachen der Bluse beschäftigt war, erhielt er ebenfalls seinen Verfaunungsstrich, aber wie ja schon geschilbert, erst am nächsten Tage. Es kam deshalb zwischen Meister Hardege und Kollege Weiershäuser zu einer erregten Auseinandersetzung, in deren Verlauf sich Weiershäuser leider zu der unbedachten Äußerung hinreißen ließ: „Sie sind ein Esel, ich haue Ihnen einen runter!“ Darauf wurde Weiershäuser ohne Kündigung entlassen. Dagegen läßt sich nun freilich nichts einwenden, da ja die Firma im Rechte ist. Zur näheren Illustration der hierbei angewandten „Rechtspredigt“ sei aber noch ein anderer Fall angeführt, in dem ein Meister der schulbige Teil war. Vor längerer Zeit hatte der Meister M. wiederholt „seine“ Arbeiter mit der Bezeichnung „Rindvieh“ und anderen der Zoologie entnommenen Schmeichelnamen belegt. Dies wurde zu Gehör der Geschäftsleitung gebracht und von dieser darauf der Bescheid gegeben: „Dem Meister M. sei bedeutet worden, er sollte sich nach einer anderen Stellung umsehen.“ Er wurde also nicht wie Kollege Weiershäuser Knall und Fall entlassen. Nach einem halben Jahre war aber Meister M. immer noch da und es wurde deshalb vom Arbeiterschuß nochmals angefragt, wie es damit stehe. Die Antwort darauf war: „Oh wie denn den Mann um sein Brot bringen wollten? Es sei ja doch auch nichts wieder vorgekommen.“ Meister M. ist heute noch da. Diese Sache wurde in den Verhandlungen im Falle Hardege-Weiershäuser zum Vergleich herangezogen und auf die gleichartigen Vergehen hingewiesen. Jedoch ließ sich die Geschäftsleitung zu keiner anderen Stellungnahme herbei. Ja, derselbe Herr Dr. Gaspary, der seine Gedankenspiele an der Spitze des großen Abbe mit den Worten schloß: „Sei gut, sei wahr, sei gerecht, halte Treue deinem Nächsten und bleib treu dir selber!“ — gab seine Meinung dahin ab, daß es doch ein Unterschied sei, ob ein Arbeiter seinen Meister, oder der Meister seine Arbeiter beleidigt. Abbes Geist spricht wahrlich nicht aus diesen Worten. Dieser hehre Geist vertrat stets die Ansicht, daß solche Vergehen, begangen durch Personen, von denen man ihrer Stellung halber ein größeres Maß von Würde beanspruchen müsse, strenger zu beurteilen seien. Ein weiterer Kommentar ist überflüssig. — Noch eine andere Abteilung verdient genannt zu werden, die Abteilung Hebel oder Michaelis. Hat es doch den Anschein, als sollten sich dafelbst Verhältnisse entwickeln, bei denen es vollständig unmöglich ist, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Zumal wenn man in Betracht zieht, daß in Jena die Mieten und Lebensmittelpreise höher sind wie in vielen Großstädten. Hat sich doch der Meister Hebel vor einiger Zeit, als ein Kollege einen Affordverdienst von 26 Mk. pro Woche für zu niedrig hielt, den Auspruch geäußert: „Seien Sie nur froh, wenn Sie später noch 21 Mk. verdienen können.“ Ja, die Arbeiter wollten schon froh sein, wenn sie damit nur einigermaßen auskommen könnten, wenn sie ihren Kindern eine Bildung angeheben lassen könnten, die eine gesicherte Zukunft in Aussicht stellen würde. Herr Hebel hat ja gut reden, er sitzt weit vom Schuß. In diesen vorgenannten Abteilungen wurden in der letzten Zeit die alten Leute so ziemlich alle abgehoben und dafür neue Leute aus allen möglichen Berufen eingestellt. Mit diesen glaubt man nun machen zu können, was man will. Die im Arbeitsvertrag festgelegte freie Vereinbarung über Affordsätze wird einfach illusorisch gemacht. Dem, der einen Afford übernimmt und mit dem vom Meister angefesten Preise nicht auskommen zu können glaubt, wird gesagt, daß draußen noch andere stehen, die nur auf die Arbeit warten. Ist aber jemand so unglücklich, einen schlechten Affordpreis anzunehmen und fällt er damit hinein, so ist er natürlich ein minderwertiger Arbeiter und als solcher unbrauchbar. In der Abteilung Michaelis gibt es für verschiedene Afforde auch verschiedene Höchstverdienste. Nun ist es in letzter Zeit vorgekommen, daß diese Höchstverdienste etwas überschritten wurden. Zum Beispiel hatte ein Kollege bei einer Arbeit, die mit 24 Mk. Höchstverdienst pro Woche bewertet war, 25,50 Mk. verdient. Herr Michaelis als echter Autokrat, der er ist, strich einfach 1,50 Mk. und der Arbeiter, ohne auch nur davon unterrichtet zu sein, bekam nur 24 Mk. ausbezahlt. Das ist doch gewiß eine Handlungsweise, die geradezu haarsträubend ist. Man sieht aber: es wird hier die Notlage der Arbeiter genau so benutzt wie in jedem rein kapitalistischen Betrieb. Solche Zustände können aber auch nur da Platz greifen, wo die Kollegen untereinander uneinig sind. Not lehrt beten, das müssen nun auch diese Kollegen erfahren. Aber noch ist es nicht zu spät, noch ist es Zeit, einen festen Rückhalt in einer geschlossenen Organisation zu gewinnen! Zeigt diesen Herren, die da glauben, ihren Unteroffizieren anbringen zu können, was Einigkeit vermag! Aber nicht nur euch, nein alle, die uns noch fernstehen, sei das Wort unseres verehrten Professors Abbe in Erinnerung gebracht, das er so oft zurief: „Organisiert euch und erringet euch eure Rechte.“ Viele Kollegen sind diesem Rufe gefolgt und schöne Fortschritte sind in den letzten Jahren zu verzeichnen gewesen. Doch alle müssen sie hinein in die Organisation, in den Deutschen Metallarbeiter-Berband! Kein Rasten und Ruhen gibt es, bis auch der letzte Mann Schulter an Schulter mit uns im Kampfe steht!

Magdeburg. Der Zustand bei Gebr. Böhmer ist zugunsten der Arbeiter beendigt worden. Zugestanden wurde für alle eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde; Mindestlohnfestsetzung für Lohn- und Affordarbeiter; 10 Pf. Zuschlag für Überstunden. Es könnte mehr erreicht werden, wenn nicht ein Teil der Mitglieder des Gewerkschafts hinter dem Rücken der Streik- und Organisationsleitung ständig mit der Betriebsleitung Unterhandlungen gepflogen und schließlich erklärt hätten, sie würden sich am Streik nicht weiter beteiligen. Damit war die Einigkeit der Ausständigen gebrochen, und wenn auch die Majorität derselben in geheimer Abstimmung die Zugeständnisse nicht für weitgehend genug hielt, so bildete diese Majorität nicht die verlangten drei Viertel aller Ausständigen, die die Organisationsleitungen verlangten, wenn der Streik weitergeführt werden sollte. Wir wollen anerkennen, daß die Leitung des hiesigen Gewerkschafts die Handlungsweise ihrer Mitglieder in der schärfsten Weise, so wie wir das bisher noch nie gehört, brandmarkte. Dieses Verhalten der Gewerkschaftsmitglieder ist aber die Folge der Erziehung, die sich nun rächt. Leider haben die Arbeiter den Schaden davon. — NB. In dem Bericht über J. Aders in Nr. 16 sind die Worte in der dritten Zeile: „gegen die vor 2 Jahren“ zu streichen.

München. Am 1. April wurde den hiesigen Maschinenfabriken (Masch. Kraus & Co., Landes, Nachgeber) je ein ausführlicher Tarif-

entwurf vom Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Berandes eingereicht. Die Unternehmer ließen sich auf Verhandlungen mit der Organisation nicht ein, sie wollten nur mit „ihren“ Arbeitern verhandeln. Die Firma Masch hat zuerst 10 Prozent der Arbeiter ausgesperrt, später wurden noch 30 und 25 Mann aufs Maßfest genommen. Die Arbeiter der Maschfabrik traten am 28. April in den Streik, da die Bewilligungen unzureichend sind. Zugung von Metallarbeiter aller Branchen ist fernzuhalten! Weiterer Bericht folgt.

Nürnberg. Zur Bewegung bei Siemens-Schudert. Statt am dritten Feiertag fand bereits am Charfreitag eine überaus zahlreiche besuchte Versammlung der Arbeiter der Nürnberger Siemens-Schudertwerke im Sächsischen Hof statt. Lange vor Beginn der Versammlung war der Saal bereits überfüllt, daß einzelne Personen wieder hinausgeführt werden mußten, weil sie im Gedränge ohnmächtig wurden. Trotzdem die Tische aus dem geräumigen Saale entfernt waren, mußten Tausende wieder umkehren, weil sie keinen Platz finden konnten. Der Arbeiterschuß erstattete Bericht über die Verhandlungen mit der Direktion über die in der Fabrikversammlung vom 10. April beschlossene Eingabe. Die Zugeständnisse der Direktion waren folgende: Gewährung der 57-kündigen Arbeitszeit pro Woche. Da aber die Firma die Frühstückspause nicht mehr bezahlen will, jedoch an ihrer Beibehaltung festhält, so ist nur eine Verkürzung von 1 1/2 Stunden genehmigt. Statt der geforderten 20 Prozent sind nur 5 bis 6 Prozent Lohnaufbesserung genehmigt worden. Doch will man, um die großen Mißverhältnisse zwischen Afford- und Stundenverdienst zu beseitigen, für die Affordarbeiter den Stundenlohn auf zwei Drittel bis drei Viertel des Durchschnittsverdienstes erhöhen. Ferner soll die Überstundenberechnung nach der ersten halben Stunde jetzt auch viertelstundeweise stattfinden. Ein Butterbrot nannte Redner unter lautem Beifall diese Zugeständnisse. Verschiedene andere Redner forderten, man solle auf diese Antwort mit dem Streik antworten. Auch die Redner des christlichen Verbandes und des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts fanden diese Bewilligung ungenügend und erklärten sich zur Arbeits-einstellung bereit, rieten aber dazu, nochmals mit der Firma zu unterhandeln. Zugunsten eines Vorschlags des Kollegen Braun wurden die Urträge zurückgegeben, die verlangten, daß der Arbeiterschuß nochmals vorstellig werden sollte, und wenn die Direktion bis Dienstag um 10 Uhr die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen würde, sofort die Arbeit niederzulegen sei. Bei Begründung dieser Urträge, die von verschiedenen Abteilungen in ähnlicher Fassung gestellt waren, wurde erklärt, daß diese Urträge nach Rücksprache mit der Mehrzahl ihrer Werkstattkollegen und in deren Auftrag gestellt seien. Es gelang den Kollegen Braun und Kimmmerle, die Versammlung zu veranlassen, vorerst noch einmal Verhandlungen auf folgender Grundlage anzubahnen: Zwischen der Direktion der Siemens-Schudertwerke und den in Nürnberg Werke beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen, vertreten durch den Arbeiterschuß, werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch nachfolgende Vereinbarung geregelt: 1. Die normale Arbeitszeit beträgt 56 Stunden in der Woche. Die Einteilung derselben bleibt der Vereinbarung zwischen Direktion und Arbeiterschuß überlassen, jedoch soll die Mittagspause mindestens 1 1/2 Stunden betragen. 2. Die zurzeit bestehenden Stundenlöhne aller im Werke beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen werden um 10 Prozent erhöht. Außerdem werden die Stundenlöhne der Affordarbeiter in der Weise reguliert, daß dieselben drei Viertel bis vier Fünftel des Affordverdienstes betragen. Den Affordarbeitern ist der Stundenlohn garantiert. 3. Die Firma stellt für jede Werkstatte eine vollständige Affordpreisliste mit der Schreibmaschine her, die von den Meistern unter Verschluss zu halten ist. Bei Übernahme eines Affords wird die Liste dem betreffenden Arbeiter vorgelegt. Außerdem liegt die Liste Mittwochs und Samstags von 10 bis 12 Uhr mittags bei dem betreffenden Werkstattdirektor behufs Kontrolle der übernommenen Afforde zur Einsicht der Arbeiter auf. — Zu jeder Änderung der in der Affordpreisliste vorgesehenen Affordsätze wird ein von der betreffenden Werkstatte zu delegierender Vertrauensmann zugezogen, falls der Arbeiter dies verlangt. Es bleibt der Direktion unbenommen, zur Verhandlung über die Affordsätze einen Betriebsingenieur hinzuzuziehen. Falls über die Höhe des Affordsatzes eine Einigung nicht zustande kommt, ist der Arbeiterschuß berechtigt, bei der Direktion vorstellig zu werden. 4. Für Überstunden werden 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent des Durchschnittsverdienstes des letzten Vierteljahres Zuschlag bezahlt. Nacht- und Sonntagsarbeit, die Reparaturen von Werkzeugen oder Maschinen betreffen, werden mit 30 Prozent Zuschlag bezahlt. — Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag zu, doch verlangte sie, daß der Arbeiterschuß an diesen Forderungen genau festhalten solle. Falls bis am Samstag den 28. April von der Direktion die Forderungen der Arbeiter nicht anerkannt sind, soll in den Ausstand getreten und die Forderungen vom 10. April sollen von neuem erhoben werden. Trotzdem der Vorsitzende der Versammlung in eindringlicher Weise auf die Konsequenzen hinwies, die die Annahme eines solchen Antrags nach sich zieht, wurde dieser Antrag mit allen gegen eine Stimme angenommen. Dann wurde die Versammlung, deren Teilnehmer bei dem Zutritt in den Saal sich durch ihren Lohnzettel legitimieren mußten, geschlossen.

(Wie uns bei Schluß des Blattes aus Nürnberg telephonisch mitgeteilt wird, ist eine Einigung erfolgt. Gewährt wurde u. a.: wöchentliche Arbeitszeit 57 Stunden; 10 Prozent Lohnerböhung; die Meister sollen nicht mehr das Recht zu Affordkürzungen haben. Genauerer Bericht in nächster Nummer.)

Reine. Herrliche Zustände herrschen in den hiesigen Metall- und Armaturenfabriken. In erster Linie kommt die Firma Brennecke in Betracht. In dieser Musterbude werden fast nur jugendliche Arbeiter beschäftigt. Neben ungefähr 20 solchen sind nur 3 Erwachsene da. Die Jugendlichen erhalten einen Lohn von 3 bis 7,50 Mk., die Erwachsenen 12 bis 18 Mk. Der Geschäftsführer Ackermann läßt sich von den Knaben auch noch das Werkzeug bezahlen. Bricht ein solcher Junge einen Bohrer ab, wird er mit 50 Pf. bestraft. Ein Sägeblatt kostet 1,50 Mk. Strafe, obwohl es im Einkauf nur 1,10 Mk. kostet. Ein Junge mußte kürzlich Sägeblätter aus der Eisenhandlung holen, auf der Rechnung, die er mitbrachte, waren die Sägeblätter mit 1,10 Mk. pro Stück berechnet. Als der Junge das dem Herrn Ackermann vorhielt, wurde er entlassen und mußte das Sägeblatt mit — 1,50 Mk. bezahlen. Schläge etc. gibt es sowohl vor Herrn Ackermann als auch von dessen Bruder. Aber bis abends 6 Uhr sein Pensum nicht liefert, muß da bleiben bis er es fertig hat. Extravergütung wird für diese Überzeit nicht gewährt. — Nicht viel besser steht es in den anderen Buben aus. Bei der Firma Gage mann ist die Antreiberei und das Strafgebetenwesen das gleiche wie bei Brennecke. Bei der Firma Kegel steht die Antreiberei ebenfalls in höchster Blüte. In dieser Bude ist alles so verschwägert und veronelt, daß Mißstände nie an die Öffentlichkeit kommen. Auch ist dafelbst der Sitz der christlichen Metallarbeiter, die bekanntlich alles in Demut ertragen. Die Firma Rees Nachfolger sucht fortgesetzt tüchtige Eisen- und Metallendreher in auswärtigen Zeitungen. Auf ein solches Inserat meldete sich kürzlich ein Kollege aus Blankenburg a. S. schriftlich bei der Firma und erhielt die Antwort, er könne eintraten (Stundenlohn 35 Pf.). Als sich der Kollege nun persönlich vorstellte, wurde ihm mitgeteilt, daß die Bude schon besetzt sei und er nicht mehr eingestellt würde, trotzdem nachgewiesen ist, daß noch zwei Bänke leer standen. Diese Bude ist der reine Laubenschlag, haben doch in vier Wochen 13 Dreher angefangen und wieder aufgehört, oder aufhöhen müssen. Und dies in einer Bude, wo höchstens fünf Dreher beschäftigt werden. Man kann also sehen, daß hier in Reine wirklich nichts zu holen ist. Auf dem hiesigen Watzwerk, wo einige tausend Mann beschäftigt sind, scheint ja alles in „schönster Ordnung“ zu sein, wenigstens nach der Auffassung der Hirsche. In der letzten Hirsch-Dunderschen öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung, die hier stattfand, fragte der Referent an, ob es denn dort wirklich so schlecht aussehe, wie es in der Metallarbeiter-Zeitung geheißen hätte. Darauf bekam er von seinen Getreuen zur Antwort, daß sie die bestehenden „Wohlfahrts-Einrichtungen“, wirklich als solche empfinden. Nun, was gibt es denn dort eigentlich für Wohlfahrts-einrichtungen? Nennen die Hirsche die Baderinrichtung und die Speisehalle, die doch da sein müssen, eine Wohlfahrts-Einrichtung?

Ober das Glas Bier, das sie mit 10 Pf. in der Kantine bezahlen müssen? Oder die Geesche, die sie zu demselben Preise bei jedem Fischhändler bekommen? Oder vielleicht die hohen Strafgebühren, oder den Krankenwagen, der täglich Arbeit hat, indem er verunglückte oder schlappangewordene Arbeiter nach dem Krankenhaus bringt? Oder die Arbeiterkolonie, die doch nur dazu da ist, die Arbeiter noch mehr ans Werk zu fesseln? Denn die Kantine ist in Verhältnis doch eben so hoch als in der Stadt. Oder soll das vielleicht eine Wohlfahrts-Einrichtung sein, daß die Arbeiter polizeilich bewacht werden? Es sei nämlich bemerkt, daß ein Polizeiergeant und ein Polizeidiener nach dem Maßwerk abkommandiert sind, die sich gegenseitig in Tag- und Nachtschicht ablösen. Oder sollten die Hirsche gar das als Wohlfahrt empfinden, daß die Arbeiter ihr erspartes Geld bis zu 1500 Mk., wofür sie 10 Prozent Zinsen bekommen, dem Feiner Maßwerk überlassen dürfen, damit es recht hohe Dividenden für sich heraus schlagen kann. (Man vergleiche die letzten Jahresberichte.) So etwas nennen also die Hirsche Wohlfahrts-Einrichtungen und das für bringen sie bei jeder Gelegenheit hochs aus auf die Direktion des Feiner Maßwerkes oder veranstalten gar einen Fadelzug. Da ist es denn kein Wunder, wenn sich der eine im Baugruftischen immer noch mehr übt als der andere und die Klatschsucht und Speichel-leckerei in schönster Blüte stehen. — Auch in einem größeren Speisebetrieb hier läßt die Solidarität der Kollegen sehr viel zu wünschen übrig. Die Behandlung der Arbeiter von der Firma zeigt dies ja deutlich genug. Kam es doch vor, daß der eine der Firmeneinhaber einen Form mit „Lümmel“ und „Vagabund“ beschimpfte und ihn schließlich noch mit Schlägen („Bachpfeifen“) bedrohte. Auf Beschwerden eines der Kollegen kam die Sache im Fabrikonkor zur Sprache und es wurde von dem anderen Firmeneinhaber versprochen, daß so etwas nicht wieder vorkommen solle. Wenn jedoch der Fall in die Zeitung käme, müßten alle Kollegen raus. Also ist auch in diesem Betrieb noch sehr vieles verbesserungsbedürftig. Das ist aber nur zu ersehnen, wenn alle Kollegen mitarbeiten, die alle so sehr eingewurzelte Gleichgültigkeit endlich ablegen und sich Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Berband anschließen. Nur dann ist es möglich, menschenwürdige Zustände in den hiesigen Betrieben zu schaffen.

Stuttgart. Zu einer gut besuchten Mitgliederversammlung besprach am 15. April Kollege Rudolph die in Nr. 15 der Metallarbeiter-Zeitung bekannt gegebenen Anträge zur Generalversammlung. Dem Antrag Solingen zu Punkt 2 der Tagesordnung könne man zustimmen, da es sich nicht leugnen läßt, daß die Agitation unter den Frauen mit Frauen eine erspriehlichere wäre. Für bedenklich sei der Antrag Dessau zu erachten, der den Verwaltungsstellen mit über 500 Mitgliedern das Recht geben will, Geschäftsführer anzustellen, wobei der Hauptvorstand einen Zuschuß zu leisten hätte. Deshalb bedenklich, weil es viele Zahlstellen gäbe, die wohl über 500 Mitglieder hätten, aber nicht in der Lage wären, diese Zahl zu erhöhen. Die Urträge der Regelung des Verhältnisses zu anderen Verbänden seien vollumfänglich berechtigt, wenn man die Schwierigkeiten bedenkt, die eintreten, wenn irgendwo eine Bewegung ausbricht, an der 2 bis 16 Verbände beteiligt sind, die dabei auch alle mitentscheiden wollen. Der Hauptvorstand hätte bis jetzt auf dem Standpunkt gestanden, daß die hiesigen Verbände selbst den Antrag auf Verschmelzung stellen sollen. Es wäre vielleicht kein Schaden, wenn damit gebrochen würde. Den Antrag der Stuttgarter Ortsverwaltung, Anstellung der Beamten der Firma Schilde betreffend, erachte er als selbstverständlich, da die Druckerei und der Verband ein und dasselbe seien. Beim Antrag Pforzheim sei die Einteilung der Beamten in 8 Klassen frapierend, ebenso daß das Höchstgehalt der Hilfsbeamten so viel betragen soll als das Anfangsgehalt der Vorstandsmitglieder. Er sehe nicht ein, weshalb zwischen Bezirksleitern und Vorstandsmitgliedern ein Unterschied gemacht werden solle. Was die neu vorgesehene Stellen anbetreffe, so hätten die Hilfsarbeiter die Arbeit dieser bis jetzt nur Zufriedenheit ausgeführt. Beim Verbandsorgan wendet sich Redner gegen die Urträge, die verlangen, daß der technische Teil besser ausgestaltet werden soll, da dies mit großen Kosten verknüpft sei. Es wäre vielmehr zu empfehlen, den Vorstand zu veranlassen, eine Umfrage zu halten, ob es nicht möglich wäre, vom Verband selbst eine technische Zeitschrift herauszugeben, die zu einem billigen Preis abonniert werden könnte. Gut gemeint sei der Antrag Sacht-Berlin, doch käme auch hier die Kostenfrage in Betracht, und zudem hätte man dies schon durch bestehende Zeitschriften wie Korrespondenzblatt, Neue Zeit, Sozialistische Monatshefte. Wenn diese auch verhältnismäßig teuer seien, so könnte man sie doch in den Leihbibliotheken unentgeltlich erhalten. Gegen Einführung klassifizierter Beiträge wendet sich Redner aus verwaltungsrechtlichen Gründen. Nur dem Antrag Solingen, der die jugendlichen Arbeiter bis zum 18. Jahre in die Klasse der weiblichen Mitglieder gestellt wissen will, stehe er sympathisch gegenüber, da ohne Zweifel dadurch die jüngeren Kollegen leichter der Organisation zugeführt werden können. Die Urträge zum Ausbau der Unterführungen übergeht der Referent, da sie zum großen Teil in früheren Versammlungen behandelt wurden. Den Urträgen zu § 13 (Harburg, Riel-Hitter) wird die Generalversammlung wohl beitreten, indem sie als gerecht zu bezeichnen seien. Den Änderungsanträgen des Vorstandes zu § 16 könne er nicht beitreten, da Fälle persönlicher Natur vorkommen können, und da hätte der Vorstand Richter seiner eigenen Angelegenheit zu sein. Der Antrag Dürr-Stuttgart sei unbedingt zu verwerfen. Derselbe schaffe bestimmte Ausnahmen gegen einige Mitglieder. Zu den Urträgen bezüglich der Wahl zum Gewerkschaftskongress äußert sich Redner dahin, daß diese Wahlen durch die Mitglieder vorgenommen werden sollen. Kollege Kothler kann nicht beitreten, inwiefern durch den Antrag Dürr die Hilfsarbeiter zu Mitgliedern zweiter Klasse gemacht werden. Es wäre besser, wenn als Beisitzer nur Kollegen, die in der Werkstätte arbeiten, gewählt werden. Schindler hält den Antrag von Pforzheim für den schönsten aller Urträge. Derselbe sei wohl auf Umwegen gekommen. Weiter wundert er sich über den Antrag Dürr, da doch die Hilfsarbeiter die meiste Arbeit verrichten. Auch wünscht er, daß die Karenzzeit herabgesetzt werde. Lauterbach hält den Antrag München bezüglich Aufnahme einer Statistik über die Tarifverträge für sehr vorteilhaft. Gegen den Antrag Dürr spreche er sich ganz entschieden aus, da doch die Hilfsarbeiter durch ihre frühere und jetzige Tätigkeit sicher das nötige Verständnis besitzen, eine derartige Stelle zu bekleiden. Er glaube, daß der Antrag ein Angstprodukt des Antragstellers sei, der befürchte, seines Amtes als Beisitzer verlustig zu gehen. Böckel wandte sich gegen den Antrag Pforzheim. Die jetzigen Vorstandsmitglieder hätten sich genau so einarbeiten müssen, wie die Hilfsarbeiter, es sei deshalb eine derartige Klassifizierung eine Ungerechtheit. Bildstein bedauert, daß das Vertrauen zu den Kollegen sinkt, die einen bezahlten Posten annehmen, während beim Unternehmer gerade das Gegenteil der Fall sei. Weiter spricht er sich gegen Klassenbeiträge aus. Dieber begrüßt den Antrag Stuttgart, der den Zahlstellen unterjaagt, ihre Geschäftsführer jedes Jahr einer Wiederwahl zu unterziehen. Dagegen mißbilligt er den Antrag Hannover-Linden, die Auseinanderlegungen mit den Hirschen einzuschränken, da hierdurch die Tätigkeit des Redakteurs beeinträchtigt würde. Bei dem Antrag Pforzheim findet er es eigentümlich, daß er von einer Zahlstelle kommt, die einen dauernden Zuschuß aus der Hauptkasse benötigt. Es sei dieser Antrag die reinste Karrikatur. Forthöfer begrüßt den Antrag auf Verschmelzung der kleinen Verbände. Mit den Abmachungen, die in Nr. 12 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht wurden, seien jedoch viele Kollegen nicht einverstanden. Über den Antrag Pforzheim und den von Dürr werde die Generalversammlung wohl ohne weiteres hinweggehen. Klassenbeiträge wären bei uns unbrauchbar. Die Generalversammlung solle sich gegen den Antrag Hannover wenden, der das Selbstbestimmungsrecht von 3000 auf 5000 erhöhen will; dagegen sei er für den Antrag des Vorstandes, die 3000 ganz verschwinden zu lassen. Der Antrag Stuttgart bezüglich der Geschäftsführerwahl würde eventuell mit manchen Ungünstigkeiten aufkommen. Rämpf teilt mit, daß der Vorstand bei der Anstellung eines Hilfsarbeiters, der Beisitzer war, sich mit dieser Frage beschäftigt hätte. Man sei dort auf dem Standpunkt gestanden, daß derselbe sein Amt ruhig behalten könne. Das Übergewicht im Vorstand soll bei den Beisitzern liegen, doch läge die Gefahr nahe, daß bei den Hilfsarbeitern eine Beeinflussung eintreten könne. Solange

Schilde bewerte, daß der Ausschuh nicht illusorisch gemacht werden soll, sondern es solle nur seiner Tätigkeit eine bestimmte Grenze gezogen werden. Als Kandidaten zur Generalversammlung ließen sich nicht weniger als 8 Kollegen aufstellen. Kollege Bremer teilte dann mit, daß unser Geschäftsführer Rudolph einem Rufe als Parteisekretär für Hessen-Nassau Folge leiste, weshalb wir genötigt seien, einen neuen anzustellen. Es wird beschlossen, die Bedingungen aufrecht zu erhalten, wie bei der letzten Wahl.

Schmiede.

Magdeburg. In dem Bericht in Nr. 16 über den Streik der Eisen- und Stahlwerke bei Garrett Smith & Co. muß es in der 4. Zeile statt 50 Prozent 50 Pfennige heißen. — Der Streik bei der Firma dauert fort.

Stuttgart. Eine am 19. April abgehaltene Schmiedeverammlung befahte sich mit der Antwort, die die Zwangsinnung der Schmiedemeister Stuttgarts und die angegliederten Schmiedemeister Kanntstatts auf die Forderungen der Arbeiter gegeben haben. Sie richteten diese auf den Vorsitzenden des Gesellenausschusses. Kollege Lauterbach befahte sich speziell mit der Antwort. In dem Schreiben sei die Forderung gegeben, daß die Meister zur Unterhandlung bereit wären, wie auch der § 48 des Innungsstatuts befahe; gleichfalls nach diesem angelegenen Paragraphen könne die Unterhandlung mit dem Gesellenausschuß gefahren. Man sei aber das an die Meister abgegangene Schriftstück auch von den Vertretern des Metallarbeiterverbandes und des Schmiedeverbandes unterzeichnet gewesen, den zwei Organisationen, die den Schmiedehilfen erst die Besserung ihrer Lebenshaltung ermöglichen, und die zu übergeben, könne nicht gebildet werden. Der Gesellenausschuß sei auch nicht eine Organisation der Arbeiter, sondern nur ein Teil der Meisterorganisation. Die Durchführung eines Tarifs im Schmiedegewerbe könne aber nur von der selbständigen Organisation der Arbeiter garantiert werden. Neben dem Gesellenausschuß seien darum je zwei Vertreter des Metallarbeiterverbandes und des Schmiedeverbandes zu den Verhandlungen zuzuziehen. So wie im Jahre 1896 dürfe die Bewegung von 1905 nicht ausfallen, wo die Meister zwar bewilligten, aber keine feste Arbeiterorganisation das Bewilligte dauernd sichern konnte. Der dem Hebrer gestellte Beifall bewies das Einverständnis der Anwesenden mit den trefflichen Ausführungen des Kollegen Lauterbachs. Sämtliche nachfolgende Redner teilten die Ansichten des Referenten und ermahnten die Kollegen zum festen Zusammenhalt. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Meistern die Antwort zukommen zu lassen, daß zu den Verhandlungen über den Lohn- und Arbeitsvertrag je zwei Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Schmiede Deutschlands beizuziehen seien; Tarifverträge könnten nur von Organisation zu Organisation abgeschlossen werden und nur die Organisation garantiere die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen. Als Organisation könne aber der Gesellenausschuß nicht betrachtet werden, da er nur einen Teil der Meisterorganisation bildet.

Süd unter dem Drucke der wirtschaftlichen Verhältnisse, Zerrung u. f. w. köhnt, daß solche Annoncen überhaupt noch möglich sind? Hoffentlich bestimmen sich diese „billigen Arbeitskräfte“ auf ihre Klassenlage und fordern recht bald Lohnerhöhung, um diesem Spotte zu entgehen.

Der neue Bergarbeiterführer.

Herr Franz Behrens tritt am 1. Mai seinen neuen Posten als Generalsekretär des Christlichen Bergarbeiterverbandes an —, so vermeldet jubelnd Das Reich des Herrn Stöcker, das augenscheinlich hoch erfreut ist über den neuen „Ruhm“ seines Schützlings. In der Tat hat denn auch Herr Behrens in der Gärtnerbewegung, wo er bisher tätig war, vor seiner Übersiedlung nach Essen noch eine neue Ruhmesstat vollbracht. Die Berliner Gärtnergehilfen stehen seit Anfang Februar in einer Tarifbewegung. Es wurde zwischen den Kommissionen des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins und der Handelsgärtnervereinigung ein Tarif ausgearbeitet, der einen Wochenlohn von 18 Mk. bestimmte, die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises im Anschluß an die Facharbeitsnachweise des Zentralvereins für Arbeitsnachweise regelte u. f. w. Der Tarif sollte auf ein Jahr Gültigkeit haben, also bis 1. April 1906, was eine Abwehr des von dem christlichen Verband des Bergwerks beabsichtigten Tarifs mit 16,20 Mk. Minimallohn, vereinbart bis zum 1. Juli 1907, war. Als alles soweit fertig war, erschien Herr Behrens, ließ seine eigenen Abmachungen mit den Arbeitgebern um, nach welchen der Tarifauschuß aus Verhältnismäßig mit gebundener Liste hervorgehen sollte und forderte nunmehr paritätische Vertretung der Arbeitnehmer im Tarifauschuß, weil die Christlichen sonst keinen Kandidaten durchbringen würden. Soweit die Vorgeschichte. Am 15. April legten nun die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins die Arbeit in den Geschäften nieder, wo der tarifmäßige Lohn von 18 Mk. nicht bezahlt wurde. Es wurde der christlichen Bündel mitgeteilt, die durch den Arbeitsnachweis eines Gärtners, den sie nominell deckt, Streikbrecher zu stellen drohte, und zwar wurde diese Drohung von Behrens selbst in seinem Blatte ausgesprochen. Die christlichen Herren haben denn auch in der Tat ihren Arbeitsnachweis in Berlin dazu benutzt, die Streikbrecher zu stellen!

Aber nicht genug damit. Am 18. April hatten die Arbeitgeber Versammlung, um zu dem Tarif endgültig Stellung zu nehmen. Hier erschien auch Herr Behrens, der den Herren verständlich machte, daß sie auf keinen Fall den Tarif nur auf ein Jahr abschließen dürften, da sie dann im nächsten Jahre wieder von der sozialdemokratischen Gewerkschaft „belästigt“ werden könnten. Der Tarif müßte mindestens auf zwei Jahre abgeschlossen werden. Einen Tarif mit 18 Mk. Minimallohn auf zwei Jahre abgeschlossen, das ist doch in der Tat für Berliner Verhältnisse der schlimmste Verrat, der an der Gewerkschaft ausgeübt werden kann. Selbstverständlich stimmten die Arbeitgeber dem edlen Menschenfreund zu. Da aber die Arbeitgeberkommission ihr Wort versündigt hatte, ist die Sache noch nicht so ohne weiteres abgetan.

Herr Behrens, der neue Generalsekretär des Christlichen Bergarbeiterverbandes, hat es also bei den Gärtnern noch in letzter Minute fertig gebracht, eine Streikbrecheragentur zu organisieren, eine Aufpufferung der Löhne der Gärtnergehilfen nicht nur in diesem und im nächsten, sondern sogar noch auf ein folgendes Jahr illusorisch zu machen oder hinauszuschieben. Wirklich, zu dieser neuen Kraft kann man den christlichen Bergarbeitern gratulieren.

würde tatsächlich doppelt ungünstig auf alle Mitglieder wirken, weil durch die erhöhte Ausgabe, welche die höheren Beiträge zur Folge haben, der Reservefonds immer höher angehäuft werden muß. Eine genügende wirksame Herabsetzung des Krankengeldes würde aber nicht nur eine Schädigung sämtlicher Mitglieder im Krankengeldbezug zur Folge haben, sondern auch eine weitere Herabsetzung des Sterbegeldes herbeiführen, wovon gerade die Hinterbliebenen der Mitglieder betroffen würden, die mehr als 10 Jahre der Kasse angehört, wenn man nicht das Sterbegeld durchgängig herabsetzen will. Gerade die niederen Klassen, welche von einer Herabsetzung des Krankengeldes am härtesten betroffen werden, bekommen aber voraussichtlich in Zukunft eine erhöhte Bedeutung. Nach Einführung der Krankenunterstützung im Metallarbeiter-Verband werden Tausende von Mitgliedern in niedere Klassen zurücktreten, um einestheils das Mehr an Beitrag, welches sie im Verband bezahlen müssen, in unserer Kasse zu sparen, während denselben andernteils das Weniger an Krankengeld, welches sie von unserer Kasse erhalten, durch die Krankenunterstützung, welche der Verband leistet, ersetzt wird.

Die Wirkung, welche der Antrag in finanzieller Beziehung ausübt, ist nicht so erheblich, wie vielleicht im allgemeinen angenommen wird. Wir verweisen hierbei auf die in dem Protokoll über die Generalversammlung in Neustadt unter A. enthaltene statistische Aufstellung. Aus derselben ist zu entnehmen, daß eine jährliche Ersparnis von 185 700 Mk. bei 98 000 Mitgliedern erzielt würde. Diese Ersparnis würde jedoch nur dann erzielt werden, wenn mit der Zusammenrechnung der Krankheiten mindestens zehn Jahre zurückgegriffen wird; soll jedoch mit der Zusammenrechnung nur bis 1900 zurückgegriffen werden, so reduziert sich die Ersparnis im ersten Jahre mindestens um die Hälfte, so daß es noch fraglich erscheint, ob im laufenden und im nächsten Jahre die Ersparnis groß genug ist, um mit Hilfe derselben die nötige Rücklage zum Reservefonds machen zu können. Von der Wirkung werden überhaupt nur wenige Mitglieder betroffen und zwar von 100 Mitgliedern nur 9, wobei ganz besonders zu beachten ist, daß überhaupt nur solche Mitglieder betroffen werden, die zunächst schon für 52 beziehungsweise 18 Wochen das Krankengeld bezogen haben. Für diese tritt dann lediglich eine Pause in der Bezugsberechtigung ein.

Ferner beantragt der Vorstand folgende Übergangsbestimmungen: Krankentage, für welche vor dem 1. Januar 1900 Krankengeld bezahlt wurde, kommen bei Zusammenrechnung der Krankentage nicht in Betracht. Hat ein Mitglied auf Grund der früheren statistischen Bestimmungen mehr an Krankengeld erhalten, als demselben nach der neuen Bestimmung des § 10 Abs. 6 des Statuts zustehen würde, so darf das Mehr nicht zurückgefordert werden. Neuzustimmte Entscheidungen, welche sich auf alle Fälle beziehen, die vor Inkrafttreten des neuen Statuts eingetreten sind, werden durch die neue Bestimmung des § 10 Abs. 6 des Statuts nicht berührt.

Nach Schluß der Generalversammlung wird den Delegierten ein Statutenentwurf zur Errichtung einer Sterbekasse für die Frauen der Mitglieder unterbreitet, über welchen sie beraten und beschließen können. Die in Aussicht gestellte Beteiligung an der Sterbekasse ist so erheblich, daß die Errichtung der letzteren gesichert erscheint. Die Wahlbekanntmachung u. f. w. sowie die Karten für die Abgeordnetenversammlung und auch die Abrechnung für das Jahr 1904 sind an sämtliche Filialen versendet. Sollte irgend eine Filiale die Sendungen nicht erhalten haben, so ist sofort bei der Hauptverwaltung zu reklamieren.

In bezug auf die Abrechnung ist zu bemerken, daß sich nach derselben die Mitgliederzahl nur ganz geringfügig vermehrt hat. Dieses hat einestheils darin seinen Grund, daß die preussische Eisenbahnverwaltung eine Zuschußprämienliste errichtet hat, wodurch mehrere tausend Mitglieder aus unserer Kasse geschieden sind; andernteils hat sich durch die Aufstellung der Mitgliederlisten ergeben, daß in vielen Filialen die Mitgliederzahl etwas niedriger war, als sie früher angegeben wurde.

Hamburg, den 20. April 1905.
Mit Gruß
Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkasse pro März 1905.

Einnahmen:
Kassenbestand vom Februar Mk. 1 993 489,34. Von: Affeln 100. Alt-Buxtehude 80. Altenburg 200. Alt-Chemnitz 100. Alten-Essen 100. Alte-Neustadt-Magdeburg 100. Altona 150. Alttitting 50. Amberg 150. Ansbach 150. Aßchersleben 100. Baden-Baden 150. Barmen 50. Berlin IV 400. Berlin VI 400. Bisdorf 100. Bielefeld 300. Bielefeld 400. Bischöfshausen 60. Bochum 150. Böhlingen 50. Böhle 150. Braunschweig 100. Brandenburg a. d. S. 200. Brunsfel 100. Buchholz 100. Burbach-Malfatt 100. Burgarrbach 44,44. Charlottenburg 200. Cöpenick 100. Coswig 150. Cracau 100. Cronenberg 100. Dietrichsdorf 200. Dingelstädt 60. Dorp-Grünwald 200. Dresden-Plauen 100. Driefsen 50. Eibelfeld 100. Elberfeld 150. Elbing 100. Elberbad 200. Eiterwerda 100. Ende 30. Feuerbach 200. Finsterwalde 12,58. Frankfurt a. M. 100. Friedrichshafen 60. Friedrichshagen 100. Friedr. dorf 550. Ganderungen 200. Gassen-Sommerfeld 50. Geithain 40. Gelsenkirchen 200. Godesberg 100. Grevensbroich 100. Grimma 50. Grünberg 100. Gubirgen 15. Hall (Schw.) 80. Halle a. d. S. 400. Hamburg I Stadt 150. Hattorfheim 50. Heiligenhaus 50. Henner 100. Herbede 100. Hof 25. Holzgerode 50. Homburg 100. Imnigraath 150. Kappel 200. Karlsdorf 50. Rahweg 50. Rempten 21,50. Rendeln 80. Reithen 60. Rixhördt 50,32. Röhlingen 50. Rostheim 50. Röhrenau 100. Rray 80. Seehausen 100. Seipig-Süd 100. Simmer 150. Sittenhof 150. Sippstadt 70. Sörach 40. Sudenwalde 80. Mainbernheim 150. Martranzdorf 60. Maxfeld 500. Meisen 200. Memel 37. Meschenich 50. Mülpe 200. Müllengarten 100. Mühlitz 30. Neudorf 100. Neustadt 100. Neuenrade 300. Neumarkt 150. Neumünster 60. Neureich 100. Oberastfel 80. Oldenburg 100. Osterfeld 42. Pankow 200. Pasing 100. Pegnitz 70. Pirna 80. Plauen im Vogtland 50. Reichenbach 50. Reinoldsdorf 150. Rieblingen 200. Ritzheim 300. Rospau 150. Rothenditold 100. Rottendorf am Redar 50. Sangerhausen 50. Schanditz 50. Schmiedewert 140. Schorndorf 30. Schramberg 400. Schwelm 50. Schwerte 800. Seidenheim 80. Seiff 40,47. Spandau 1200. Spreedorf 40. Stettin 50. Striegau 68. Sudebode 75. Thale a. d. S. 200. Tirschentz 50. Treuchtlingen 80. Triefen 40. Trier 50. Uffenheim 70. Velsb 100. Viersen 155,40. Vogelsang 100. Warstein 150. Weisenburg 150. Werden 100. Wetter 100. Wiefel 45,44. Wilhelmshafen-Magdeburg 100. Wittenberg 50. Worms 70. Zeulenroda 200. Zirn-dorf 250. Zittau 60. Beitragsgeld 1. Beiträge von Einzelmittgliedern: 1224,80. Von Berufsgenossenschaften für: A. Danfert-Groß-Ottersleben 39. B. Heimbürg-Halberstadt 113,40. M. Siebert-Reinoldsdorf-Df 37,87. C. Arnold-Berlin VI 88,69. M. Caplinsh-Bildau 44. F. Kirchener-Berlin VII 46,68. M. Rosenhauer-Berlin IX 67,50. F. Roth III Stuttgart-Stöckel 26,22. J. Fischer-Wieder-Engelheim 42,08. E. Siegrist-Heilbrunn 21,22. H. Heiman-Ralf 4,40. J. M. Freyheim-Oberndorf 13,20. G. Birsberg-Romanes 108,65. J. Dittbered-Dangig 60. Sonstige Einnahmen 121,71. Summa Mk. 1 414 278,01.

Ausgaben:
Nach: Aachen 300. Altdorf I 200. Ammenhof-Hadewell 50. Aplerbeck 100. Aplerger 60. Altendorf 100. Bayreuth 50. Beed 50. Bergedorf 200. Bergedorf 100. Bergen i. S. 150. Berlin VII 500. Berlin X 200. Biff 850. Birklinghoven 100. Bodensühr 200. Bidingen 100. Brannschweig 300. Bromberg 50. Budau 300. Bulach-Beierthelm 150. Camphat 400. Cassel 300. Chemnitz 200. Cossel 90. Cottbus 50. Dahl 60. Danzig 120. Darnstadt 200. Delligen 115. Deuz 200. Dormagen 50. Dortmund 400. Dresden-Söbtau 200. Duisburg 200. Eberstadt 50. Ehrenfeld 800. Eßlingen 100. Eiler 200. Schweier II 150. Fetschenau 100. Fichter-

Rundschau.

Der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter als Unternehmer.

Die Hirsch-Dunderfischen rühmen sich bekanntlich der Waterschaft der Tarifverträge. Lange bevor irgend jemand an Tarifverträge dachte, wollen sie diese bereits in ihre Programmforderungen aufgenommen haben. Sie handelten aber dann nur nach den berühmten Maximen ihrer bürgerlichen Protektoren, den Freijüngern, die auch die schönsten Punkte im Programm haben, an ihre Verwirklichung aber nie denken. Wie die Hirsch-Dunderfischen als Unternehmer die Durchführung der Tarifverträge befolgen, dafür liefert der letzte Rechenschaftsbericht des Buchdrucker-Verbandes für den Gau Rheinland-Westfalen ein klassisches Beispiel. Es wird da aus dem Bezirk Aachen folgendes berichtet:

In Stolberg liegen die Verhältnisse noch sehr im argen. Dortselbst wird die Buchdruckerei H. Küpper und die in deren Verlag erscheinende Stolberger Volkszeitung nunmehr unter der Regie des Ortsvereins des Hirsch-Dunderfischen Metallarbeiterverbandes und unter Leitung des Vorsitzenden desselben weitergeführt. Aber trotz mehrmaliger Aufforderung ist eine Auerentung des Tarifs nicht erfolgt, im Gegenteil sollen noch Verschlechterungen gegen früher eingetreten sein. Auch ein Beitrag dazu, wie gewisse Leute das gewerkschaftliche Prinzip auffassen.

Zwischenmeister als „Strohmann“.

Im Baugewerbe kommt es sehr oft vor, daß die wirklichen Unternehmer, die Kapitalisten, sogenannte „Strohmann“ vorziehen, die dann dem Arbeiter gegenüber den „Arbeitsgeber“ zu spielen haben. Dadurch ist leider auch schon mancher Bauhofsloher, Spengler u. f. w. um seinen lauer verdienten Lohn gekommen. Ganz schlan wollte nun eine Hamburger Firma sein, indem sie sich von ihren Arbeitern folgenden Rentes unterschrieben ließ: „Erläre mich damit einverstanden, daß ich meinen Lohn nicht von der Firma S., sondern von dem Zwischenmeister Herrn S. zu verlangen habe.“ Als nun der Herr Zwischenmeister nichts zum Zahlen hatte, verlangten die Arbeiter danach die Firma beim Gewerbeamt und erhielten ein abtiegendes Urteil. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß zur Lohnzahlung an die Arbeiter der als Unternehmer verpflichtet ist, dem die Arbeitsdienste zugefagt und geleistet worden sind. Eine Vereinbarung aber zwischen Unternehmer und Arbeiter des Inhaltes, daß letzterer seinen Lohn nicht vom Unternehmer, sondern von einem Dritten zu beanspruchen habe, sei widersinnig, verstoße gegen die guten Sitten, wenn die dritte Person vermögenslos sei. Die heutige Gesetzgebung sei „mit allen erdenklichen Mitteln befreit“, dem Arbeiter die Zahlung des verdienten Lohnes zu jeder (vergleiche Lohnabrechnungsmittel, Anrechnungsdorbat, Darlehensvertrag u. f. w.). festgesetzt ist, daß die Firma der Unternehmer wärtig sei, wenn die Arbeiter die größte Wähe gegeben habe, die Verhältnisse so zu ordnen, daß der Zwischenmeister als Unternehmer rechtl. erscheine. Es seien aber die Arbeiter innerhalb der Frist der Firma und mit deren Material ausgeführt worden und sei das unangeordnete Material Eigentum der Firma geblieben. Auch habe die Firma die Beiträge zur Invalidenversicherung bezahlt. Die Abmachung zwischen der Firma und dem Zwischenmeister, daß dieser die Beiträge zu zahlen habe, die Zahlung von der Firma freiwillig geschähen sei, weil „die Arbeitspreise so niedrig seien“, sei ein ledigliches Aufschub der Arbeiter berechnetes „Scheingeschäft“ gewesen. Deshalb aufgepaßt! Besser ist es, solche Rentes überhaupt nicht zu unterschreiben.

„Billige Arbeitskräfte sind reichlich vorhanden.“

In der „Frankf. Ztg.“ finden wir folgende Annonce: **Kauf-Verkauf.** Im Jahre 1901 neu erbaute Fabrik mit neuerer 100 HP. Dampfmaschine und 10—12 HP. Wasserkraft, elektrisches Licht, liegt zu 385 400 Mk. Grundbesitzvermögen 212 800 Mk., wird unter den günstigsten Zahlungsbedingungen zu 1/2 des realen Wertes verkauft. Das Anwesen eignet sich zu jedem Fabrikbetrieb, bisher wurde eine mechanische Presserei und Strickerie darin betrieben. Billige Arbeitskräfte sind reichlich vorhanden. Gef. Anfragen beider unter S. 3. 6430 Rudolph Hoff, Stuttgart. Das Anwesen eignet sich also zu „jedem Fabrikbetrieb“. Da mancher außer Metallfabriken gar so gerne neue Betriebe auf dem Lande, in Vororten der Städte errichten, so werden sich sicher zahlreich Offerten finden. Billiges Anwesen, und was die Hauptfrage ist: billige Arbeitskräfte sind reichlich vorhanden. Was soll man noch mehr? Die Arbeitskraft ist eine Ware und kann da noch recht „billig“ und in „reichlicher“ Menge gekauft werden. Ist es nicht eine Schande für die deutsche Arbeiterschaft, die in Nord und

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter
(E. S. 29 Hamburg).

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die den örtlichen Verwaltungen bereits direkt zugegangene Bekanntmachung beruft der Vorstand hiermit eine **außerordentliche Generalversammlung**

auf Dienstag den 13. Juni d. J. nach Hamburg ein, mit der Tagesordnung:

1. Wahl der verschiedenen Kommissionen;
2. Bericht des Vorstandes über den Stand der Kasse;
3. Statutenänderung;
4. eventuelle Wahl des Vorstandes, des Ausschusses und der Revisionskommission;
5. Regelung sonstiger Kassenangelegenheiten.

Die Generalversammlung findet im „Belobrom“, Rothbaumchauffee, statt und wird vormittags 8 Uhr eröffnet. Zutritt ist in bezug auf Quartier u. f. w. sind an das Bureau der Kasse zu richten.

Die Tagelasten müssen der Generalversammlung vorgelegt werden. Dieselben sind entweder einem Delegierten der Wahlabteilung mitzugeben oder so frühzeitig an das Kassensbureau zu senden, daß sie spätestens am 12. Juni d. J. eingeht. Das Paket ist mit der Aufschrift „Wahltag“ zu bezeichnen. Der Vorstand stellt folgende Anträge auf Statutenänderung:

§ 9. Abs. 5. Für die ersten zwei Krankentage wird kein Krankengeld gezahlt.

§ 10. Abs. 1. Das Krankengeld wird von dem dritten Tage an gezahlt, an welchem die durch ärztliches Zeugnis bescheinigte Erwerbsunfähigkeit eingetreten ist. Fällt innerhalb der ersten drei Krankentage ein Ruhetag, so beginnt die Unterstützung erst mit dem vierten Tage. Die Formulare u. f. w. wie Statut. Abs. 6. Das Krankengeld wird nur während eines Zeitraums von 52 Wochen, und zwar für die ersten 26 Wochen mit dem vollen, für die letzten 26 Wochen mit dem halben Betrag, bei Erkrankungen innerhalb der ersten 52 Wochen nach dem Beitritt jedoch nur für 13 Wochen geleistet, ohne daß es dabei auf etwaige Unterbrechungen des Krankengeldbezugs oder die Art der Krankheit ankommt. Ist jedoch innerhalb zweier Jahre, vom letzten Unterstützungstag an gerechnet, kein Krankengeld gezahlt, so tritt der Unterstützungsanspruch von neuem ein und zwar in beiden Fällen bis zu 52 Wochen. Letztere Bestimmung u. f. w. wie Statut.

Abt. 7. Ist für 52 Wochen Krankengeld gezahlt, so tritt nach zwei Jahren, vom letzten Unterstützungstag an gerechnet, das Recht auf Krankengeld wieder ein, jedoch nur bis zu 13 Wochen. Das gleiche gilt für jeden Wiederholungsfall.

Begründung.

In § 9 Abs. 5. Diese Änderung wird lediglich bedingt durch die zu § 10 beantragten Änderungen. Ein Vorteil erwägt der Kasse daraus nicht, weil es sich für diese gleich bleibt, ob für die ersten drei Tage je ein Drittel des Krankengeldes oder für den dritten Tag das volle Krankengeld gezahlt wird. Wohl aber tritt dadurch eine wesentliche Vereinfachung in der Berechnung des Krankengeldes ein.

In § 10 Abs. 1. Diese Änderung wird ebenfalls durch die zu Abs. 6 beantragte bedingt.

In § 10 Abs. 6 und 7. Dieser Antrag bezweckt einen Bruch mit dem bisherigen System, welches eine durchaus ungleiche Behandlung der Mitglieder zur Folge hat, welches dem einen Mitglied die Auszahlung der Kasse fast grenzenlos ermöglicht, während dem anderen Mitglied die Unterstützung nur in beschränktem Maße zuteil wird, trotzdem sich beide in der gleichen Lage befinden. Seine Annahme wird aber auch eine ganz wesentliche Erleichterung für die örtlichen Verwaltungen sowohl, als auch für die Hauptverwaltung herbeiführen und zahlreiche Streitfälle werden dadurch vermieden. Der Antrag, den Antrag von den Mitgliedern und der Kasse erheben, der fortwährend steigt und auf welchen diese Herren gewissermaßen einen begründeten Anspruch zu haben vermehren, würde durch diese Änderung ebenfalls wesentlich eingeschränkt werden. In der Hauptfrage bezweckt der Antrag aber die Vereinfachung der Ausgaben, um die nötige Rücklage zur Ergänzung des Reservefonds zu ermöglichen, ohne eine Erhöhung der Beiträge oder eine Herabsetzung des Krankengeldes vornehmen zu müssen. Die Erhöhung der Beiträge, für welche ohnehin bei der großen Vergrößerung der Mitglieder keine Neigung vorhanden ist, wie die früheren Generalversammlungen gezeigt haben,

